



www.laender-analysen.de/ukraine

**BILDUNGSREFORM
ANTIKORRUPTIONSPOLITIK
SAAKASCHWILI**

■ ANALYSE		
Die Bildungsreformen in der Ukraine: Von ministeriellen »Ufos« und verlorenen Generationen		2
Von André Härtel, Kiew		
■ DOKUMENTATION		
Reaktionen auf die Verabschiedung des neuen Bildungsgesetzes vom 5. September 2017		6
■ STATISTIK		
Unterrichtssprachen in den ukrainischen Bildungseinrichtungen		10
■ UMFRAGE		
Einstellungen der Ukrainer zum Studium im Ausland		15
■ KOMMENTAR		
Poroschenkos Antikorruptionspolitik: Die ukrainische Zivilgesellschaft zwischen Skylla und Charybdis		18
Von Katerina Bosko, Bremen		
■ DOKUMENTATION		
Gesetzentwürfe des Präsidenten gegen unabhängige Nichtregierungsorganisationen		20
Debatte um Schaffung eines unabhängigen Antikorruptionsgerichts		21
Stellungnahme des Nationalen Antikorruptionsbüros der Ukraine (NABU) gegen die umstrittenen Änderungen der Strafprozessordnung		23
■ KOMMENTAR		
Der Fall Saakaschwili: Politiker töten das Recht		25
Von Jewgenij Zacharow, Charkiw		
■ CHRONIK		
25. September – 8. Oktober 2017		27

Die Bildungsreformen in der Ukraine: Von ministeriellen »Ufos« und verlorenen Generationen

Von André Härtel, Kiew

Zusammenfassung

Die Reformen des chronisch korrupten und ineffizienten Bildungssektors in der Ukraine stehen zu Unrecht nur im Fokus sprachpolitischer Debatten. Denn die Zukunft des ukrainischen Staates und aller mit ihr verbundenen Reformprojekte hängt an der Frage, wann und ob es dem Land gelingt, den Professionalisierungsgrad seines Humankapitals entscheidend zu steigern. Die bisherigen Reformansätze vor allem im Hochschulwesen haben sich allerdings hauptsächlich in Bezug auf die politische Ökonomie des Sektors als nicht radikal genug erwiesen. Der politische Kontext dagegen verhindert eine stärkere strategische Orientierung der Bildungspolitik.

Bildung als Ideal und Imitation

Inzwischen ist sie eine beliebte Anekdote unter Osteuropaexperten: die Studie der Deutschen Bank aus dem Jahre 1990, in der insbesondere der Ukraine eine schnelle und erfolgreiche Transformation prophezeit wurde, da sich hier unter anderem eine sehr gut ausgebildete Gesellschaft und ein dichtes Netz an hochklassigen Bildungsinstitutionen vorfinde. Eine Generation später ist von beidem – sollte dieser Einschätzung je zu trauen gewesen sein – kaum etwas übrig. Im Jahre 2016 gab ein Drittel aller ukrainischen Abiturienten an, im Ausland studieren zu wollen, die Korruption im Bildungsbereich wird allgemein als endemisch eingeschätzt. Bei einer Umfrage des International Republican Institute im Frühjahr 2016 gab etwa ein Viertel aller Befragten an, direkt mit Korruption im Bildungsbereich konfrontiert zu sein, drei Viertel der Befragten sahen gar einen Anstieg der sektoralen Korruption. Die Qualität der Ausbildung gilt dagegen in vielen Bereichen als international nicht konkurrenzfähig. Wie konnte es so weit kommen?

Obwohl die Verfassung von 1996 ein Grundrecht auf Bildung formuliert (Art. 53), sind Schul- und Hochschulbildung in der Ukraine seit der Staatsgründung sehr vernachlässigt worden. In keinem Bereich wird so sehr deutlich, dass die Eliten den neuen Staat über zwei Jahrzehnte vor allem als politökonomisches Projekt und als Instrument ihrer persönlichen Interessen betrachtet haben, während gesellschaftliche Belange und auf die Zukunft des Gemeinwesens bezogene Fragen konsequent ignoriert wurden. So waren die Reformen vor der »Revolution der Würde« außer der erfolgreichen De-Ideologisierung und der De-Militarisierung der Bildungsinstitutionen im Grunde kosmetischer Natur. Für mehr, wie beispielsweise Strukturreformen oder eine strategische Bildungsplanung, fehlten politischer Wille und eine Kultur der Eigenverantwortung unter Lehrenden und Professoren.

Vor allem die Beibehaltung der Strukturen bzw. der hohen Zahl von Schulen und Universitäten führte bei gleichzeitig stark sinkenden Geburten- und Einwohnerzahlen bald zu Finanzierungsengpässen. Zwischen 2005 und 2013 sank die Einschreibequote an den Hochschulen um 21,5 %. Auch angesichts der tiefen Transformationskrise der ukrainischen Wirtschaft konnten so bald nur noch Gehälter am oder unterhalb des Existenzminimums gezahlt werden – 2016 verdiente ein ukrainischer Lehrer auf mittlerer Karrierestufe laut OECD monatlich ca. 80 Euro, ein Hochschulprofessor nach eigenen Berechnungen maximal 300 Euro. Das führt dazu, dass eine Beschäftigung im Bildungssektor bis heute nur als idealistisches Hobby oder als korruptes Geschäftsmodell möglich ist. Die politischen Eliten interessierten die Bildungsinstitutionen vor allem als administrative Ressource am Wahltag. So wurden korrupte Praktiken geduldet, um vor allem Schulleiter und Rektoren zu kontrollieren und politische Abhängigkeiten zu erzeugen. Die Folge waren rapide sinkende Standards auch im Vergleich zur Sowjetära, eine verrottende Infrastruktur und ein sich vor allem unter Akademikern und Studenten beschleunigender *brain drain*. Bildung als die zeitgemäße Vermittlung und Organisation von Wissen und schließlich die Schaffung neuen Wissens verkam so zu einer Imitation ihrer selbst, bei der die einen (der ukrainische Staat) vorgaben zu zahlen und die anderen (die Lehrenden) vorgaben, hochklassig zu unterrichten bzw. Wissenschaft zu betreiben – ganz gemäß einem alten sowjetischen Sprichwort.

Minister Kwit und das Reformufo

Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Debatten um das seit 2014 zum »Reformlaboratorium« gewordene Land lohnt es sich, den Bildungssektor genauer unter die Lupe zu nehmen. Zum einen weil eine Neugestaltung der Schul-, Hochschul- und beruflichen Bildung und eine darauf aufbauende Professionalisierung der ukrai-

nischen Arbeitswelt der Schlüssel zu einer effizienten und nachhaltigen Umsetzung der vielfältigen Reformanstrengungen ist. So ist in vielen Bereichen wie beispielsweise im Justizsektor nicht nur der Widerstand der eingesessenen Richter und Staatsanwälte eine wesentliche Reformhürde, sondern auch deren Reproduktion durch eine noch nach sowjetischen Standards erfolgende juristische Ausbildung. Zum anderen handelt es sich hier nicht um einen Reformbereich, der von der politischen Elite prioritär behandelt wird und im Fokus von internationaler Gemeinschaft und Öffentlichkeit steht – wie beispielsweise die Reform der Streitkräfte. Ähnlich wie im Gesundheitssektor fehlt auch im Bildungsbereich die Aussicht auf schnelle Erfolge. Die Komplexität der Probleme wie auch die politischen Kosten einer entschiedenen Reform sind dagegen potentiell hoch.

Als sich nach den partiell als revolutionär einzuschätzenden Ereignissen der Jahre 2013 und 2014 ein »window of opportunity« für ein nachholendes *state building* und eine Demokratisierung in der Ukraine ergab, standen Strukturreformen im Bildungs- und vor allem Hochschulsektor allerdings kurzzeitig sogar im Mittelpunkt. Da es vor allem Studenten waren, die den sogenannten Euromaidan in Gang setzten, genossen deren Anliegen einen zuvor ungekannten Stellenwert. Besonders deutlich wurde das durch die lange Besetzung des Bildungsministeriums. Dies und die Tatsache, dass Vorarbeiten für eine Neuauflage des Gesetzes »Über die Hochschulausbildung« schon vor der »Revolution der Würde« getätigt worden waren, erleichterte die Annahme des Gesetzes Nr. 1187-2 »Über die Höhere Bildung« schon im Juli 2014, während eine Reform der Schulbildung erst noch ausgearbeitet werden musste. Federführend war ein kleines, vor allem aus Absolventen der reformorientierten »Nationalen Universität Kiewer-Mohyla Akademie« (NaUKMA) bestehendes Team an der Spitze des Bildungsministeriums, dem seit dem Maidan bzw. der Einsetzung einer Übergangsregierung der ehemalige Präsident der Akademie Serhij Kwit als Minister vorstand.

Beim Zustandekommen des Gesetzes, das vor allem auf mehr Autonomie für die Hochschulen, die Integration von Forschung und Lehre sowie auf Qualitätssicherung und Internationalisierung abstellte, wurden hauptsächlich zwei Dinge deutlich: Erstens musste Kwit die Reformagenda gegen erhebliche Widerstände wesentlicher bildungspolitischer Akteure wie der »Nationalen Akademie der Wissenschaften« (NANU) und gegen den Großteil der ukrainischen Hochschullandschaft verteidigen, während die »Selbstentmachtung« des bisher so zentralen Ministeriums auch intern auf viel Ablehnung stieß. Zweitens war der Mangel an politischem Willen offensichtlich, mit dem die politische Elite die Anstren-

gungen Kwits begleitete. An dieser Stelle steht die Hochschulreform exemplarisch für ein grundsätzliches Problem vieler Reformprojekte in der postrevolutionären Ukraine: Oft handelt es sich bei den tatsächlichen Reformern um kleine Teams, die sich in der revolutionären Atmosphäre des Jahres 2014 in den meist strukturkonservativen Ministerien ansiedelten. Zunächst wurden sie von den technokratischen Ministern der Übergangs- und Jazenjuk-Kabinette gefördert (Februar/März 2014 bis April 2016), später dann aber sukzessive isoliert, bis sie schließlich zu »Ufos« in einem ansonsten reformfeindlichen politischen Universum mutierten.

Die krude politische Ökonomie des ukrainischen Bildungswesens

Eine der wesentlichen Folgen der Isolation des Reformteams um Kwit war, dass die Hochschulreform vor allem strukturell zu kurz griff und die spezifische politische Ökonomie des ukrainischen Hochschulsektors unangestastet ließ. Diese zeichnet sich wegen der chronischen Unterfinanzierung des Bildungssektors bzw. dessen aufgeblasener institutioneller Struktur traditionell durch ein Höchstmaß an Korruption aus. Diese nimmt etwa die Form des Verkaufs von Diplomen oder informeller Zahlungen für den Zugang zu einer gewünschten Schule oder Universität oder für Prüfungsleistungen und Nachhilfeunterricht an. Während solche informellen Praktiken für viele Professoren und Lehrer die einzige Möglichkeit darstellen, mit ihrem Beruf ein ausreichendes Einkommen zu generieren, gab und gibt es auch Hochschulleitungen bzw. ganze Universitäten, die Korruption zum Geschäftsmodell machten. Problematisch ist dabei insbesondere, dass diese Form der Bildungsökonomie durch sämtliche Beteiligten – insbesondere auch Studenten – über Jahre eingeübt und verinnerlicht wurde. Entsprechend ist sie als »normale« soziale Praxis weitgehend akzeptiert: Eine auf Umfragen unter 600 Studenten in Lwiw basierende Studie ergab beispielsweise, dass über 90 % der Befragten ihre Seminararbeiten plagiieren.

Obwohl das Problem bekannt ist, gelang bisher nur bei den alljährlichen Aufnahmetests für die Hochschulen so etwas wie ein Paradigmenwechsel. Durch unabhängige externe Prüfverfahren, eine zentrale Datenbank mit allen Bewerbern und ein Präferenzsystem konnten informelle Praktiken eingeschränkt und neue Anreizstrukturen etabliert werden. Das Hauptproblem der Bildungsökonomie ist aber die weiterhin ausufernd hohe Zahl der Hochschulen bzw. ihrer »Ableger«. Viele von ihnen wurden als reine »diploma mills« gegründet, drücken die Standards und dünnen den vergleichsweise niedrigen Bildungsetat aus. Dieser machte zwar 2016 16,5 % des Gesamtetats aus, damit beläuft er sich aber

zum Beispiel nur auf wenig mehr als 1/5 des polnischen Bildungsetats. Obwohl Minister Kvit hier ansetzte und auf seine Initiative hin einige Hochschulen ihre Lizenzen verloren haben, existieren bis heute neben den 234 offiziellen Einrichtungen über viermal so viele weitere. Viele offensichtlich korrupte Hochschulen und deren Rektoren nutzen das ebenso korrupte Justizsystem und klagen erfolgreich gegen Versuche, ihre Hochschulen zu schließen. Die notwendige Einführung einer finanziellen Autonomie der Hochschulen, die deren staatliche Zuwendungen beschränken und an Qualitätskriterien binden würde, macht zudem die Komplexität von grundlegenden sektoralen Reformen in post-sowjetischen Staaten deutlich: Selbst bei vorhandenem politischen Willen müssten in etlichen anderen Politikbereichen wie im Finanzsektor grundlegende Änderungen vorgenommen werden. Dies wird dadurch erschwert, dass die Überwachung aller Finanzströme öffentlicher Einrichtungen durch den traditionell kontrollfixierten Staat (über die Staatskasse, die sogenannte »Dershavna Kasnatschejskaja Slushba«) oft weiter als sakrosankt betrachtet wird.

Ambivalenzen der Autonomie

Der von der Sowjetunion geerbte extreme Zentralismus ist nachvollziehbarerweise die Zielscheibe fast aller Reformbemühungen in der gegenwärtigen Ukraine. Noch mehr als bei der Korruption hat sich aufgrund der formal allmächtigen Rolle des Bildungsministeriums bei sämtlichen Akteuren ein Denken etabliert, dem eigenständige Initiativen fremd sind – ein Umstand, der sich etwa auf die Entwicklung kreativer neuer Studiengänge oder zeitgemäßer Universitätsstrukturen auswirkt. Wie kritisch die Lage ist, zeigt sich vor allem, wenn man sich verdeutlicht, dass das Bildungsministerium, wie viele andere Ministerien auch, die ihm zugedachte Rolle aufgrund von fehlendem Personal und dem verbreiteten Mangel an professioneller Ethik nicht annähernd auszufüllen vermag. Die Folgen sind der seit den 1990er Jahren beobachtbare Wildwuchs an den Hochschulen und die dort nicht existierenden bzw. eingeforderten Standards sowie die vorherrschende Strategielosigkeit.

Die neue Autonomie der Hochschulen, beispielsweise bei der Wahl von Rektoren oder der Gestaltung von Studienprogrammen, hat sich in den ersten drei Jahren nach der Reform allerdings nicht als Allheilmittel erwiesen. Als hartnäckig erweist sich insbesondere das Problem des sogenannten »Rektorenfeudalismus«, den das Mehr an Autonomie sogar verstärkt zu haben scheint. So führten die neu eingeführten Wahlen der Universitätsspitzen durch Studenten und Mitarbeiter zur Wahl oder Wiederwahl alteingesessener Kandidaten, da vor allem viele Mitarbeiter nach einer langjährigen Tätigkeit

in einem korrupten System in diesem gefangen sind und um ihre Karrierechancen und Pfründe fürchten würden, sollten Reformer gewählt werden. Durch den Wahlakt erhalten die Rektoren der »alten Garde« noch zusätzlich Legitimität und Spielraum, um unvorteilhafte Aspekte der Hochschulreform zu ignorieren. Beispiele sind die seit einigen Jahren eingeforderten Graduiertenschulen, die in vielen Universitäten nur zum Schein existieren.

Eine ähnliche Zirkularität, also das bekannte Reformhindernis, dass gerade diejenigen Reformen umsetzen müssten, die von ihnen am stärksten negativ betroffen wären bzw. die bisherige Schieflage zu verantworten haben, ergibt sich bei der angestrebten Qualitätssteigerung. Zwar stellt die Einrichtung unabhängiger Institutionen zur Sicherstellung des akademischen Niveaus wie der Nationalen Agentur für Qualitätssicherung im Hochschulwesen (»Nazionalnogo Agenstva is sabesbetschennja jakosti vyschtschoji osvity«) oberflächlich betrachtet einen Fortschritt dar. Tatsächlich wurde aber festgestellt, dass die strukturkonservativen Universitäten die neue Institution vor allem mit Altkadern bestückt haben, die sogar im Verdacht stehen, bei der Erstellung ihrer eigenen Qualifikationsarbeiten plagiiert zu haben. Zudem haben die meisten der zum größten Teil älteren Universitätslehrer aufgrund der bisherigen strikten Trennung von Lehre und Forschung keinen wirklichen Anschluss an Entwicklungen in ihrer Disziplin beziehungsweise es fehlen ihnen die Kenntnisse oder eine professionelle Weiterbildung, um zeitgemäße Curricula entwickeln zu können. Hinzu kommt ein strukturelles Hindernis: Da die Lehrenden zum größten Teil weiter nach tatsächlichen Unterrichtseinheiten bezahlt werden, besteht bei ihnen kein natürliches Interesse an einer Abkehr von dem überaus verschulden ukrainischen Universitätsbetrieb.

Fehlender Holismus: Die »neue ukrainische Schule«

Angesichts der extremen Gleichzeitigkeit etlicher Reformprozesse in der gegenwärtigen Ukraine und der strukturellen Überlastung der Ministerien ist es nicht verwunderlich, dass Reformagenden aufgesplittet und zunächst nur partiell angegangen werden. Dies gilt in hohem Maße auch für den Bildungsminister, in dessen Umfeld es an echten Unterstützern von Reformen mangelt und der daher vor allem auf die an Bildungsfragen zwar grundsätzlich interessierte, aber nur begrenzt erreichbare Öffentlichkeit setzen muss. Nachdem Serhij Kvit sich vor allem auf die Hochschulreform spezialisiert hatte, legte seine Nachfolgerin Lilija Hrynewytsch den Schwerpunkt auf eine Reform der ukrainischen Schulen. Das entsprechende Gesetz Nr. 3491-d »Über die Bildung« wurde am 5. September 2017 von der Wer-

chowna Rada beschlossen. Das als »größte Bildungsreform« angepriesene Paket soll einen Paradigmenwechsel von der Fakten- zur Kompetenzorientierung der Schulen einleiten und diesen mehr Autonomie gegenüber lokalen Schulbehörden bzw. ihre finanzielle Selbstverwaltung einräumen. Ein Mehr auch an inhaltlicher Freiheit für die Gestaltung des Unterrichts soll wie im Hochschulsektor durch eine unabhängige Qualitätsaufsicht abgesichert werden. Darüber hinaus führt die Reform das Gymnasium als einheitliche Schulform ein, verlängert die Schulzeit auf zwölf Jahre und erlaubt eine Konzentration auf mehr berufliche Bildung in den letzten drei Jahren.

Trotz der angesprochenen politischen Notwendigkeiten konzentriert sich die Kritik an der Reform vor allem auf deren fehlende Ganzheitlichkeit bzw. Einbettung in eine auch zukünftigen arbeitsweltlichen Erfordernissen angepasste Strategie für den gesamten Bildungssektor. Viele Lehrer und Bildungsexperten beklagen die wohl auch kurzfristig ökonomisch motivierte Entscheidung, die Schulzeit auf zwölf Jahre auszuweiten. Angesichts der anhaltend schwierigen ökonomischen Lage des Landes diene dies – wie auch die hohe Zahl der Universitäten – vor allem dazu, ansonsten arbeitslose Jugendliche zu »parken«. Zudem stellt sich vielen Beobachtern die Frage, wozu die Gesamtheit aller Schüler derart lang in der Schule verbleiben soll. Hier existiert offensichtlich eine Art Teufelskreis, da die oben angesprochenen Überkapazitäten der Hochschulen quasi eine extrem hohe Akademisierungsquote (70% aller 18-Jährigen werden immatrikuliert) erzwingen

und die berufliche Bildung nach dem Zusammenbruch der sowjetischen Trägerbetriebe nur noch rudimentäre Bedeutung hat und kaum soziale Anerkennung genießt.

Ausblick

Das Schicksal der bisherigen, noch bruchstückhaften Reformen im Bildungssektor der Ukraine zeigt, dass ein Vierteljahrhundert der politischen Vernachlässigung ein hochgradig ineffektives und reformresistentes System erzeugt hat. Im Grunde hat das Land in dieser Zeit eine Generation professionell ausgebildeter Arbeitskräfte komplett verloren, die heute dringend notwendig wäre, um die vielen in Gesetzesform angedachten Wandlungsprozesse in Staat und Ökonomie auch kundig implementieren zu können. Die Reformbemühungen im Bildungsbereich leiden aber weiterhin unter dem niedrigen Stellenwert, den ihnen die politische Elite beimisst. Die bisherigen Gesetzesprojekte sind daher notwendigerweise unvollkommen und benötigen zukünftig vor allem eine übersektorale Perspektive, die den Reformen beispielsweise auch die schnelle Verwirklichung der finanziellen Autonomie der Hochschulen erlaubt. Daneben könnte dem Beispiel des Gesundheitsbereichs folgend eine Teilprivatisierung des Bildungssektors die einzige Möglichkeit sein, um dessen korrupte politische Ökonomie dauerhaft zu durchbrechen. Schließlich bleibt zu hoffen, dass die durchaus existierenden Leuchtturmprojekte und -institute – etwa an der NaUKMA, an vielen Kiewer Unis und an der Charkiwer Karazin-Uni – Nachahmer finden und sich der vor Ort vielfach zu spürende neue Zeitgeist durchsetzt.

Über den Autor:

Dr. André Härtel ist DAAD-Fachlektor für »Deutschland- und Europastudien« an der Nationalen Universität Kiewer-Mohyla-Akademie.

Lesetipps:

- Klein, Eduard: Das neue Hochschulgesetz – Ist das ukrainische Hochschulsystem im Aufbruch?, in *Ukraine-Analysen* 152, 27.05.2015, S. 11–14, <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen152.pdf>>
- Klein, Eduard: *Bildungskorruption in Russland und der Ukraine: Eine komparative Analyse der Performanz staatlicher Antikorruptionsmaßnahmen im Hochschulsektor am Beispiel universitärer Aufnahmeprüfungen* (Soviet and Post-Soviet Politics and Society), ibidem-Verlag (Series Editor – Andreas Umland), 2017, ISBN-10: 3838209958.
- Kvit, Sergij: *The Battleground of Civilizations: Education in Ukraine*, Kiev 2015, ISBN-10: 966518685X.
- OECD: *OECD Reviews of Integrity in Education: Ukraine 2017*, Paris 2017, <<http://dx.doi.org/10.1787/9789264270664-en>>.
- Zheriobkina, Tetiana; Kudelia, Mariia; Stadny, Yegor: *Ukrainina National Quality Assurance Agency For Higher Education: The Starting Point*, unter: <<https://cedos.org.ua/en/osvita/natsionalne-ahentstvo-iz-zabezpechennia-iakosti-vyshchoi-osvity-choho-ochikuvaty-vid-novostvorenoho-orhanu>> (vom 15 November 2016).

Reaktionen auf die Verabschiedung des neuen Bildungsgesetzes vom 5. September 2017

Am 5. September 2017 hat die Werchowna Rada das neue Bildungsgesetz verabschiedet, dessen Artikel 7 sofort zu einer der umstrittensten Bestimmungen geworden ist. Ihm zufolge sollen ab 2020 in der Ukraine alle Schüler ab der fünften Klasse ausschließlich auf Ukrainisch unterrichtet werden. Für Kinder aus Minderheiten besteht dabei die Möglichkeit, in Vorschulbildungseinrichtungen und der Grundschule in ihrer Sprache unterrichtet zu werden. In weiterführenden Schulen können sie die Sprache ihrer Nationalität nur noch im Fachunterricht erlernen. In anderen Fächern ist Unterricht in einer Minderheitensprache nur noch gestattet, wenn es sich bei dieser um eine der Sprachen der Europäischen Union handelt. Die nationalen Minderheiten dürfen eigene Schuleinrichtungen gründen und verwalten, die aus nationalen und internationalen Quellen finanziert werden können.

Das neue Bildungsgesetz hat heftige Kritik in den Ländern hervorgerufen, aus denen relativ große Minderheiten in der Ukraine leben. Vor allem Ungarn hat das Gesetz als »Dolchstoß« stark verurteilt und sogar gedroht, die europäische Integration der Ukraine zu blockieren. Ein Warnsignal ist aber auch aus dem Europarat zu hören. In einem Kommentar hat Thorbjørn Jagland, Generalsekretär des Europarates, das neue Bildungsgesetz der Ukraine einen »Drahtseilakt« genannt. Als Reaktion auf die Kritik hat die Ukraine das Gesetz dem Europarat zur Begutachtung durch Experten vorgelegt.

Im Folgenden dokumentieren wir die Position der Ukraine und internationale Kritik an dem Bildungsgesetz vom 5. September 2017. Im Anschluss daran finden Sie einen statistischen Überblick über die Unterrichtssprachen in den ukrainischen Schulen.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen

Außenministerium der Ukraine

Statement on the Law of Ukraine "On Education" (29.09.2017; Auszüge)

As delivered by Ambassador Ihor Prokopchuk, Permanent Representative of Ukraine to the International Organizations in Vienna, to the 1157th meeting of the OSCE Permanent Council, 28 September 2017

(...) **Mr. Chairperson,**

In our statement today we would like to present additional clarifications and dispel the myths which also emerged today around the adopted legislation.

Reform of Ukraine's education system is an important part of the large-scale reform process in the country. On 5 September 2017 the Verkhovna Rada (Parliament) of Ukraine adopted the Law of Ukraine "On Education" which was signed by the President of Ukraine on 25 September 2017.

When elaborating and adopting the new Law the Ukrainian authorities and legislators have taken full account of Ukraine's obligations and commitments under respective international instruments, including the European Charter for Regional or Minority Languages and the Council of Europe Framework Convention for the Protection of National Minorities. Notably, these instruments underline that the right to maintain the collective identity through the minority language must be balanced by the responsibility to integrate and participate in the wider national society through the acquisition of a sound knowledge of both that society and the State language.

The new Law specifies that the human right to education may be exercised through obtaining it at different levels of education, in various ways and forms, including pre-school, comprehensive, extracurricular, vocational, higher education and adult (continuing) education.

Whereas the Law is a complex document transforming the educational system in the country, the expressed concerns of some states refer to its one article.

Article 7 of the Law stipulates that the language of the educational process in Ukraine is the official language of the State. The very same Article of the Law clearly ensures the right of national minorities in Ukraine to maintain their collective identity through the medium of their mother tongue at primary and secondary levels of education.

I wish to offer a quotation of the respective provision of the Law:

“Persons belonging to national minorities of Ukraine are guaranteed the right on education in municipal educational institutions of pre-school and primary education in the language of the national minority they belong to and in the official language of the State.”

In this light we wish to recall the view expressed in OSCE HCNM’s recommendations on education: “The first years of education are of pivotal importance in a child’s development. ...Pre-school and kindergarten levels should ideally be the child’s language”. Moreover, it was maintained that “in primary school the curriculum should ideally be taught in the minority language” with a few practical and theoretical subjects taught in the State language towards the end of that period. Thus, while there are no specific international obligations on ensuring such ideal educational medium for children belonging to national minorities, it is provided for in the Ukrainian Law in question. My distinguished colleagues would certainly take a note that whereas the HCNM’s recommendations refer to gradual increase of instruction in the State language already in the primary, Ukraine’s Law provides for education in the language of the national minority throughout the primary school.

At the secondary level of education, apart from teaching of the national minority language and literature, one or more subjects can be taught in the languages of the European Union. Studies of a number of subjects, in particular mathematics, will be accompanied by the use of vocabularies enabling to learn the respective terminology in the minority language.

While the reform is introduced from 1 September 2018, a transitional period is foreseen for children who now receive education in the language of national minorities until 1 September 2020 with gradual increase of the subjects in the State language.

On top of the above we wish to point out that the Law envisages a possibility for national minorities to establish and manage their own educational institutions funded from both national and international sources. This is an additional important opportunity that can be exercised by interested persons belonging to national minorities.

Ukraine will forward the respective parts of the Law to the Council of Europe for opinion.

Distinguished colleagues,

The OSCE High Commissioner on National Minorities maintained in the respective recommendations that States are obliged to guarantee equal opportunities for everyone, regardless of whether they belong to majorities or minorities, to participate in the economic, social, cultural and political life of the society. In this context importance is attached to avoiding segregation in education, even if self-induced by minority communities, while fully respecting the educational rights of persons belonging to minorities.

The objectives of equal opportunities of all members of the Ukrainian society form the basis of the newly adopted Law “On Education”. The considerations took account of the assessments of steadily dropping level of secondary education among children receiving instruction in the language of national minorities. For instance, in 2016 over 36% of school graduates in Zakarpattia region scored 1 to 3 grades in the Ukrainian language on the 12 grade scale. In particular, in Beregove district of that region, which is densely populated by the Hungarian national minority, 75% of school graduates scored 1 to 3 grades in the Ukrainian language on the 12 grade scale. In 2016, in total 60,1% of children belonging to Hungarian and Romanian national minorities did not pass the threshold of testing in the State language.

The reform of the education system in Ukraine will improve the quality of education, open up further prospects for continuous education, enhance equality of opportunities, foster competitiveness of the young people in the labour market and employment, including in the public sector. The possibilities for the young people, including from national minorities, to fully realize their potential and aspirations will be significantly broadened.

Mr. Chairperson,

I would like to make some remarks specifically in response to the statement of the Russian delegation which contained numerous distortions. In terms of respect for rights of national minorities the Russian Federation is a special case deriving from the policies and practices of enforced russification of population during the Soviet totalitarian regime. When joining the Council of Europe in 1996 the Russian Federation undertook an obligation to become a party to the European Charter for Regional or Minority Languages. It was signed by Russia, but not yet ratified. Over 2 million strong Ukrainian national minority in Russia does not have a single school in Ukrainian. Earlier this year we informed the Permanent Council that the only library of Ukrainian literature that had been operational in Moscow from 1920s was effectively closed by the authorities while the director of the Library was sentenced on trumped-up charges. Any manifestation of signs of Ukrainian identity in today’s Russia is a significant risk to personal safety and freedom. The most appalling situation is in the parts of Ukraine, illegally occupied by Russia—the Crimean peninsula and certain areas of Donbas. In the occupied

Crimea the main targets of Russian repressive policies are the indigenous Crimean Tatar people and the Ukrainian community. The report on Crimea, released this week by the UN High Commissioner for Human Rights, put into spotlight grave violations of rights of Crimean Tatars and Ukrainians from the beginning of Russian occupation and Russia's contempt to its obligations under international law as an occupying power. The country which displays profound disregard to its obligations relating to national minorities indulges in utter hypocrisy raising questions in respect to other countries. (...)

Quelle: <<http://mfa.gov.ua/en/press-center/news/60121-statement-on-the-law-of-ukraine-on-education>>

Russland

Stellungnahme der Presse- und Informationsstelle des Außenministeriums Russlands zur Verabschiedung des »Bildungsgesetzes« in der Ukraine (12.09.2017)

Wir wurden auf die Verabschiedung eines neuen Gesetzes »Über Ausbildung« in der Obersten Rada der Ukraine vor wenigen Tagen aufmerksam, in dem harte Einschränkungen für die Nutzung der Sprachen der nationalen Minderheiten mit der Aussicht ihrer vollständigen Auswaschung aus dem Bildungssystem dieses Landes zum Jahr 2020 festgelegt werden. Obwohl im Gesetz die russische Sprache nicht erwähnt wird, ist offensichtlich, dass das Hauptziel der jetzigen ukrainischen Gesetzgeber die maximale Beeinträchtigung der Interessen von Millionen russischsprachigen Einwohnern der Ukraine, gewaltsame Aufstellung eines monoethnischen Sprachregimes in einem multinationalen Staat ist.

Wir betrachten diesen Schritt als Versuch der Maidan-Behörden, eine vollständige Ukrainisierung des Bildungsraums des Landes zu vollziehen, was sowohl ihrer Verfassung, als auch der von Kiew übernommenen internationalen Verpflichtungen im humanitären Bereich widerspricht.

Moskau ist nicht alleine bei solcher Einschätzung der Handlungen der ukrainischen Behörden. Eine scharfe Kritik des erwähnten Gesetzes wurde bereits von außenpolitischen Ämtern Ungarns, Polens, Rumäniens sowie von Präsident Moldawiens ausgeübt.

Unsererseits sind wir von der Gefragtheit der gemeinsamen Anstrengungen, darunter auf den Plattformen der internationalen Organisationen überzeugt, um der Politik der Machtstrukturen der Ukraine Widerstand zu leisten, die allgemein anerkannte menschenrechtliche Standards missachten.

Quelle: <http://www.mid.ru/de/foreign_policy/news/-/asset_publisher/cKNonkJE02Bw/content/id/2858373>

Rumänien, Bulgarien, Griechenland und Ungarn

Common Letter on the adoption by the Verkhovna Rada of the draft Law on Education in Ukraine (14.09.2017)

Minister of Foreign Affairs, Teodor Melescanu, together with his counterparts from Bulgaria, Ekaterina Zakhariyeva, Greece, Nikos Kotzias and Hungary, Péter Szijjártó, have sent to the Minister of Foreign Affairs of Ukraine Pavlo Klimkin, the Secretary General of the Council of Europe, Thorbjørn Jagland and the High OSCE Commissioner for National Minorities, Lamberto Zannier, a **joint letter** expressing their concern and deep regret over the recent adoption by the Verkhovna Rada of the draft Law on Education in Ukraine on 5 September 2017.

This common approach takes into account the sustained interest of the signatories in ensuring the protection of the rights of persons belonging to national minorities and appeals to the Ukrainian authorities to identify concrete measures / solutions in this respect, in the spirit of cooperation, and strictly observing Ukraine's norms and relevant international standards in the field.

The letter advocates the need to use all instruments available to the Council of Europe and the OSCE to ensure that the new restrictive provisions introduced by the Education Law of Ukraine will not affect the adequate protection of the fundamental rights of persons belonging to national minorities.

We also recall that the protection of the rights of persons belonging to the Romanian minority in Ukraine was permanently signaled by the Romanian side in the dialogue with the Ukrainian side. Facilitating the resolution of the problems faced by persons belonging to national minorities is a commitment of the Romanian state. From this point of view, we consider it essential to respect the right to education in Romanian for all forms of education and to continue the dialogue on this issue, including within the Romanian–Ukrainian intergovernmental joint commission on the protection of persons belonging to national minorities.

Romania reiterates its willingness to support Ukraine in the broad process of legislative, institutional and economic reforms and to contribute to international support efforts, in coordination with our partners, to effectively meet the needs of the Ukrainian side.

Quelle: <<https://www.mae.ro/en/node/43236>>

Rumänien

MFA took note concernedly of the adoption by the Verkhovna Rada of Ukraine of the new Law on Education (07.09.2017)

The Ministry of Foreign Affairs took note concernedly by the form adopted by the Verkhovna Rada of Ukraine on 5 September 2017 of the new Law on Education, in particular Article 7 thereof, which concerns education in the languages of national minorities.

The Ministry of Foreign Affairs recalls that, according to the provisions of the *Framework Convention for the Protection of National Minorities*, States undertake to recognize the right of any person belonging to a national minority to learn their mother tongue. The necessity of compliance with the international norms in the field has been permanently signaled by the Romanian side in the dialogue with the Ukrainian side on the promotion and protection of the rights of persons belonging to the Romanian national minority in Ukraine.

In this respect, the topic of native language education for Romanian ethnicity in Ukraine will be on the agenda of Secretary of State, Victor Micula, who will travel to Kiev next week to discuss about the Romanian minority in Ukraine.

We express our expectation that the rights of the persons belonging to the Romanian minority in Ukraine will be preserved and we underline the constant concern of the Romanian authorities over this issue.

Quelle: <<https://www.mae.ro/en/node/43269>>

Ungarn

Ukraine has stabbed Hungary in the back by amending its education act (07.09.2017)

“Ukraine has stabbed Hungary in the back by amending its education act, which strongly violates the rights of the Hungarian minority”, Minister of Foreign Affairs and Trade Péter Szijjártó said in a telephone statement to Hungarian news agency MTI from Tallinn, where he is attending an informal meeting of EU foreign ministers.

(...) In the statement, Mr. Szijjártó said that in his view one of the most important topics on the meeting’s agenda was the amendment of Ukraine’s Act on Education, which was adopted this week. “We regard it as shameful that the amendment strongly violated the rights of the Hungarian minority, and it is shameful that a country that is striving to develop an increasingly close relationship with the European Union has made a decision that is in complete opposition to European values. It is unacceptable that Ukraine has stripped Hungarians of their right to study in their native language in schools and universities, and have only left them an opportunity to do so in nursery schools and primary schools”, the Hungarian Foreign Minister said.

The legislative amendment is endangering the operations of the majority of schools in Transcarpathia, he added.

“Ukraine’s decision not only violates the interests of the 150 thousand strong Hungarian minority, but for Ukraine to ignore its international commitments also goes against European values, Accordingly, the Hungarian Government will step up at all possible European forums to ensure that the new regulations do not come into force”, Mr. Szijjártó said.

The Minister was particularly critical of the fact that the decision is especially unfriendly towards Hungary, in view of the fact that in recent months Budapest was made it clear to the Ukrainian administration on several occasions that the amendment is a strong violation of Hungarian interests, but Kiev has adopted the amendment regardless.

“It has done so despite the fact that in recent years Hungary has provided Ukraine with several forms of assistance that were of fundamental importance with regard to the European integration process, as well as to Ukraine’s social and security situation”, he said.

“We were the loudest proponents of visa-free travel for Ukrainian citizens, we were the first to ratify the association agreement between the EU and Ukraine, we transport natural gas to Ukraine via Hungary, we have provided Ukraine with 600 million forints in humanitarian aid, and have provided free holidays in Hungary for 2600 Ukrainian children during the past three years. Accordingly, Ukraine’s education policy decision can only be regarded as a stab in the back for Hungary and the Hungarian people”, Mr. Szijjártó said. (...)

Quelle: <<http://www.kormany.hu/en/ministry-of-foreign-affairs-and-trade/news/ukraine-has-stabbed-hungary-in-the-back-by-amending-its-education-act>>

This will be painful for Ukraine (26.09.2017)

“Hungary will block all steps within the European Union that would represent a step forward in Ukraine’s European integration process in the spirit of the Eastern Partnership programme”, Minister of Foreign Affairs and Trade

Péter Szijjártó declared in a statement to Hungarian news agency MTI on Tuesday after Ukrainian President Petro Poroshenko signed the country's new Education Act.

“We can guarantee that all this will be painful for Ukraine in future”, the Hungarian Foreign Minister said with relation to Hungary's response to the signing of the new legislation, speaking from Singapore, where he arrived as part of an official delegation headed by Prime Minister Viktor Orbán.

According to Mr. Szijjártó, it is shameful and outrageous that the Ukrainian President has signed the Education Act.

The new law has generated major protests both at home and abroad, including in Hungary, in view of the fact that it reduces the rights of minorities to receive education in their native languages. According to the new legislation, with the exclusion of native language subjects, in future children from national minorities will be taught all subjects in Ukrainian from the fifth grade upwards (age ten).

Until now, President Poroshenko had spoken about the fact that he wants to take Ukraine closer to Europe, but with today's decision “he has moved further away from Europe and taken a huge step in the opposite direction”, Mr. Szijjártó said.

Petro Poroshenko has until now spoken about a European Ukraine, he continued, “but this is something he can now forget about to all intents and purposes” in view of the fact that Hungary will be blocking all initiatives that could be favourable for Ukraine at all possible forums and all international organisations, and primarily within the EU.

Now that the association agreement between the EU and Ukraine and the agreement on visa-free travel for Ukrainian citizens have been concluded, Ukraine is “nurturing the hope” that they will now be able to take further steps along the road to European integration. “Well that's something they can now forget about”, the Minister of Foreign Affairs and Trade declared.

“At the currently ongoing Session of the United Nations Human Rights Council, Hungary will be vetoing all EU comments or viewpoints that do not condemn Ukraine with sufficient force and determination”, Mr. Szijjártó added.

Quelle: <<http://www.kormany.hu/en/ministry-of-foreign-affairs-and-trade/news/this-will-be-painful-for-ukraine>>

STATISTIK

Unterrichtssprachen in den ukrainischen Bildungseinrichtungen

Tabelle 1: Anzahl der vorschulischen Bildungseinrichtungen nach Unterrichtssprachen

	01.01.2011	01.01.2014	01.01.2015	01.01.2016
Ukrainisch	12.743	13.828	13.620	13.822
Russisch	1.012	1.085	385	364
Ungarisch	70	75	74	73
Rumänisch	45	59	60	61
Moldawisch	16	16	16	16
Polnisch	*	1	1	2
Krimtatarisch	1	1	k. A.	k. A.
Mehrere Sprachen	827	948	490	475
Gesamt	16.100	15.990	15.002	14.813

* als einzelne Gruppen

Quelle: Zusammenstellung der Redaktion der Ukraine-Analysen nach Angaben des Bildungsministeriums der Ukraine (für das Jahr 2011: <<http://old.mon.gov.ua/ua/activity/education/56/694/zagalni-vidomosti/>>; für die Jahre 2014–2016: <<http://mon.gov.ua/content/%D0%9D%D0%BE%D0%B2%D0%B8%D0%BD%D0%B8/2016/08/17/konf20161.pdf>>)

Tabelle 2: Anzahl der Schüler an vorschulischen Bildungseinrichtungen nach Unterrichtssprachen

	01.01.2011	01.01.2014	01.01.2015	01.01.2016
Ukrainisch	1.093.332	1.257.554	1.214.199	1.216.456
Russisch	171.713	202.669	70.638	64.677
Ungarisch	3.451	4.755	4.952	5.031
Rumänisch	2.444	3.493	3.397	3.406
Moldawisch	1.065	1.200	1.281	1.304
Polnisch	107	106	125	141
Slowakisch	k. A.	k. A.	22	76
Ivrit	k. A.	k. A.	51	25
Deutsch	22	22	23	22
Krimtatarisch	k. A.	830	k. A.	19
Gesamt	1.354.000	1.396.500	1.294.900	1.291.200

Quelle: Zusammenstellung der Redaktion der Ukraine-Analysen nach Angaben des Bildungsministeriums der Ukraine (für das Jahr 2011: <<http://old.mon.gov.ua/ua/activity/education/56/694/zagalni-vidomosti/>>; für die Jahre 2014–2016: <<http://mon.gov.ua/content/%D0%9D%D0%BE%D0%B2%D0%B8%D0%BD%D0%B8/2016/08/17/konf20161.pdf>>)

Tabelle 3: Anzahl der Schulen nach Unterrichtssprachen

	2010/2011	2013/2014	2014/2015	2015/2016
Ukrainisch	16.594	16.045	15.696	15.475
Russisch	1.149	1.275	621	614
Rumänisch	82	81	78	75
Ungarisch	66	67	68	69
Polnisch	5	5	5	5
Moldawisch	6	5	5	3
Krimtatarisch	15	15	k. A.	k. A.
Mehrere Sprachen	1.496	1.205	616	594
Gesamt	20.300	18.634	17.604	17.337

Quelle: Zusammenstellung der Redaktion der Ukraine-Analysen nach Angaben des Bildungsministeriums der Ukraine (für das Jahr 2010: <<http://old.mon.gov.ua/ua/activity/education/56/694/zagalni-vidomosti/>>; für die Jahre 2013–2016: <<http://mon.gov.ua/content/%D0%9D%D0%BE%D0%B2%D0%B8%D0%BD%D0%B8/2016/08/17/konf20161.pdf>>)

Tabelle 4: Anzahl der Schüler, die in der jeweiligen Sprache unterrichtet werden

	2010/2011	2013/2014	2014/2015	2015/2016
Ukrainisch	3.407.128	3.352.871	3.281.644	3.316.459
Russisch	685.806	703.572	356.262	351.948
Rumänisch	18.866	17.518	16.808	16.426
Ungarisch	15.126	15.001	15.172	15.535
Moldawisch	3.877	3.087	2.984	2.797
Polnisch	1.357	1.526	1.594	1.698
Englisch	k. A.	526	400	323
Slowakisch	113	137	134	143
Bulgarisch	65	65	78	68
Krimtatarisch	5.399	5.551	k. A.	k. A.
Gesamt	4.299.000	3.987.800	3.757.100	3.783.100

Quelle: Zusammenstellung der Redaktion der Ukraine-Analysen nach Angaben des Bildungsministeriums der Ukraine (für das Jahr 2010: <<http://old.mon.gov.ua/ua/activity/education/56/694/zagalni-vidomosti/>>; für die Jahre 2013–2016: <<http://mon.gov.ua/content/%D0%9D%D0%BE%D0%B2%D0%B8%D0%BD%D0%B8/2016/08/17/konf20161.pdf>>)

Tabelle 5: Anzahl der Schüler, die die jeweilige Sprache im Fachunterricht lernen

	2010/2011	2013/2014	2014/2015	2015/2016
Englisch	k. A.	3.802.454	3.426.916	3.473.997
Russisch	1.242.184	1.191.358	1.023.797	960.425
Deutsch	614.729	639.042	599.662	615.130
Ukrainisch	730.807	746.980	393.188	388.789
Französisch	k. A.	188.601	159.294	154.732
Polnisch	8.338	14.995	26.301	34.624
Spanisch	k. A.	12.503	12.024	13.000
Bulgarisch	10.148	7.388	8.103	8.154
Rumänisch	578	983	972	3.940
Ivrit	1.915	3.243	3.401	3.905
Moldawisch	2.038	1.961	2.373	2.436
Krimtatarisch	14.642	12.735	308	318
Ungarisch	1.091	804	698	791
Gesamt	4.299.000	3.987.800	3.757.100	3.783.100

Quelle: Zusammenstellung der Redaktion der Ukraine-Analysen nach Angaben des Bildungsministeriums der Ukraine (für das Jahr 2010: <<http://old.mon.gov.ua/ua/activity/education/56/694/zagalni-vidomosti/>>; für die Jahre 2013–2016: <<http://mon.gov.ua/content/%D0%9D%D0%BE%D0%B2%D0%B8%D0%BD%D0%B8/2016/08/17/konf20161.pdf>>)

Tabelle 6: Anzahl der Schüler, die die jeweilige Sprache fakultativ lernen

	2010/2011	2013/2014	2014/2015	2015/2016
Deutsch	k. A.	12.195	14.211	13.288
Englisch	k. A.	13.362	14.478	16.161
Russisch	131.471	136.078	111.506	81.994
Polnisch	3.516	7.931	10.762	11.595
Ukrainisch	k. A.	13.812	18.079	19.220
Bulgarisch	764	1.388	863	982
Ungarisch	390	544	791	703
Slowakisch	246	236	646	577
Rumänisch	289	336	294	303
Moldawisch	275	431	241	164
Tschechisch	71	20	72	94
Krimtatarisch	5.097	6.988	20	72
Gesamt	4.299.000	3.987.800	3.757.100	3.783.100

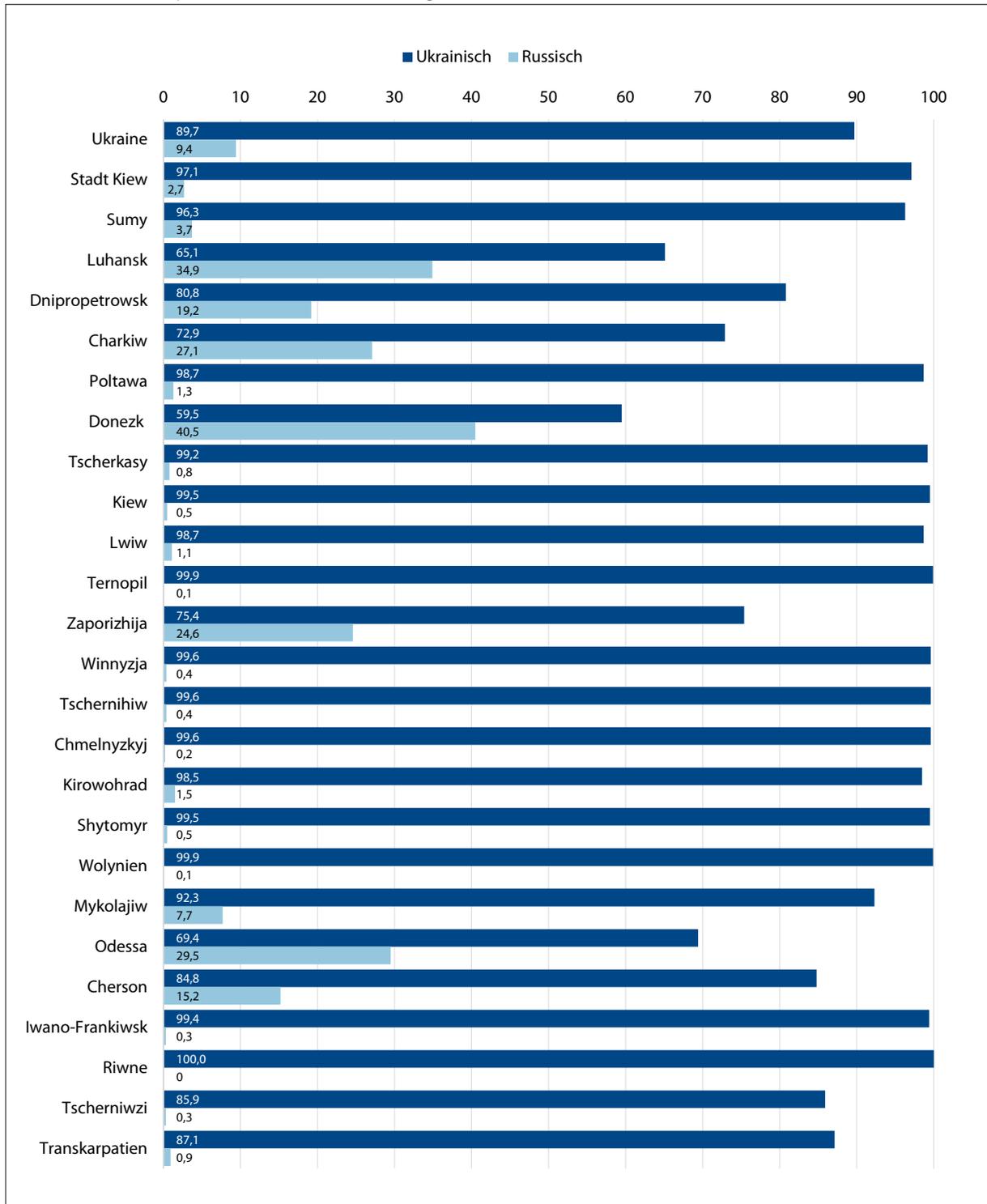
Quelle: Zusammenstellung der Redaktion der Ukraine-Analysen nach Angaben des Bildungsministeriums der Ukraine (für das Jahr 2010: <<http://old.mon.gov.ua/ua/activity/education/56/694/zagalni-vidomosti/>>; für die Jahre 2013–2016: <<http://mon.gov.ua/content/%D0%9D%D0%BE%D0%B2%D0%B8%D0%BD%D0%B8/2016/08/17/konf20161.pdf>>)

Tabelle 7: Russisch an den ukrainischen Schulen in den Jahren 2010–2016 im Vergleich (in Tausend Studierenden)

	als Unterrichtssprache	als Fachunterricht	als fakultativer Unterricht	Gesamtzahl der Studierenden	als Unterrichtssprache in der Schule	als Unterricht	als fakultativer Unterricht
2010/2011	686	1.242	131	4.299	16 %	29 %	3 %
2013/2014	704	1.191	136	3.988	18 %	30 %	3 %
2014/2015	356	1.024	112	3.757	9 %	27 %	3 %
2015/2016	352	960	82	3.783	9 %	25 %	2 %

Quelle: Zusammenstellung der Redaktion der Ukraine-Analysen nach Angaben des Bildungsministeriums der Ukraine (für das Jahr 2010: <<http://old.mon.gov.ua/ua/activity/education/56/694/zagalni-vidomosti/>>; für die Jahre 2013–2016: <<http://mon.gov.ua/content/%D0%9D%D0%BE%D0%B2%D0%B8%D0%BD%D0%B8/2016/08/17/konf20161.pdf>>)

Grafik 1: Russisch und Ukrainisch als Unterrichtssprachen an den ukrainischen Schulen im Schuljahr 2016/2017 nach Regionen (% der Studierenden)

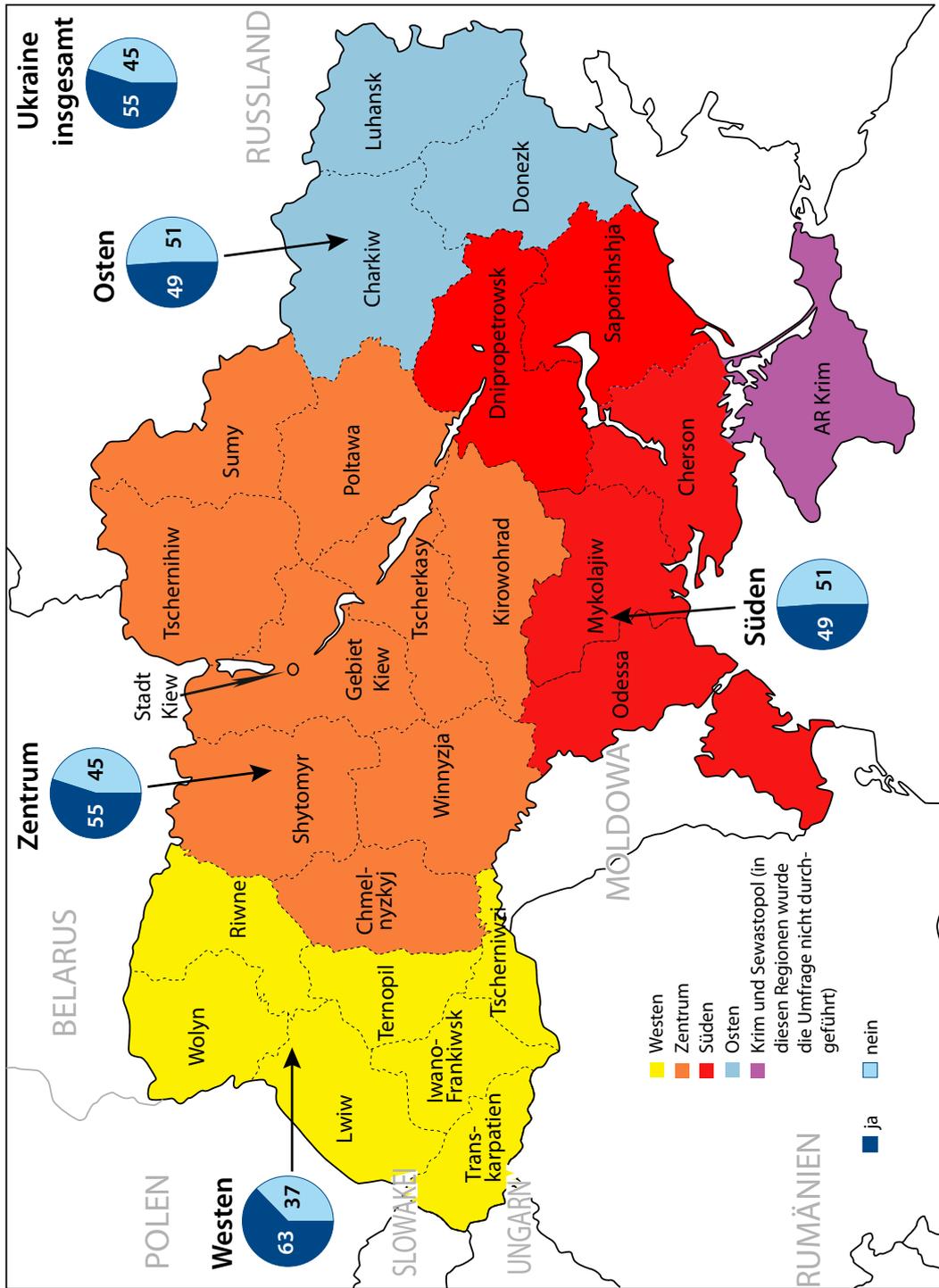


Quelle: Staatliches Komitee für Statistik der Ukraine, <http://www.ukrstat.gov.ua/druk/publicat/kat_u/2017/bl/01/bl_ZNZ16_17.zip>

UMFRAGE

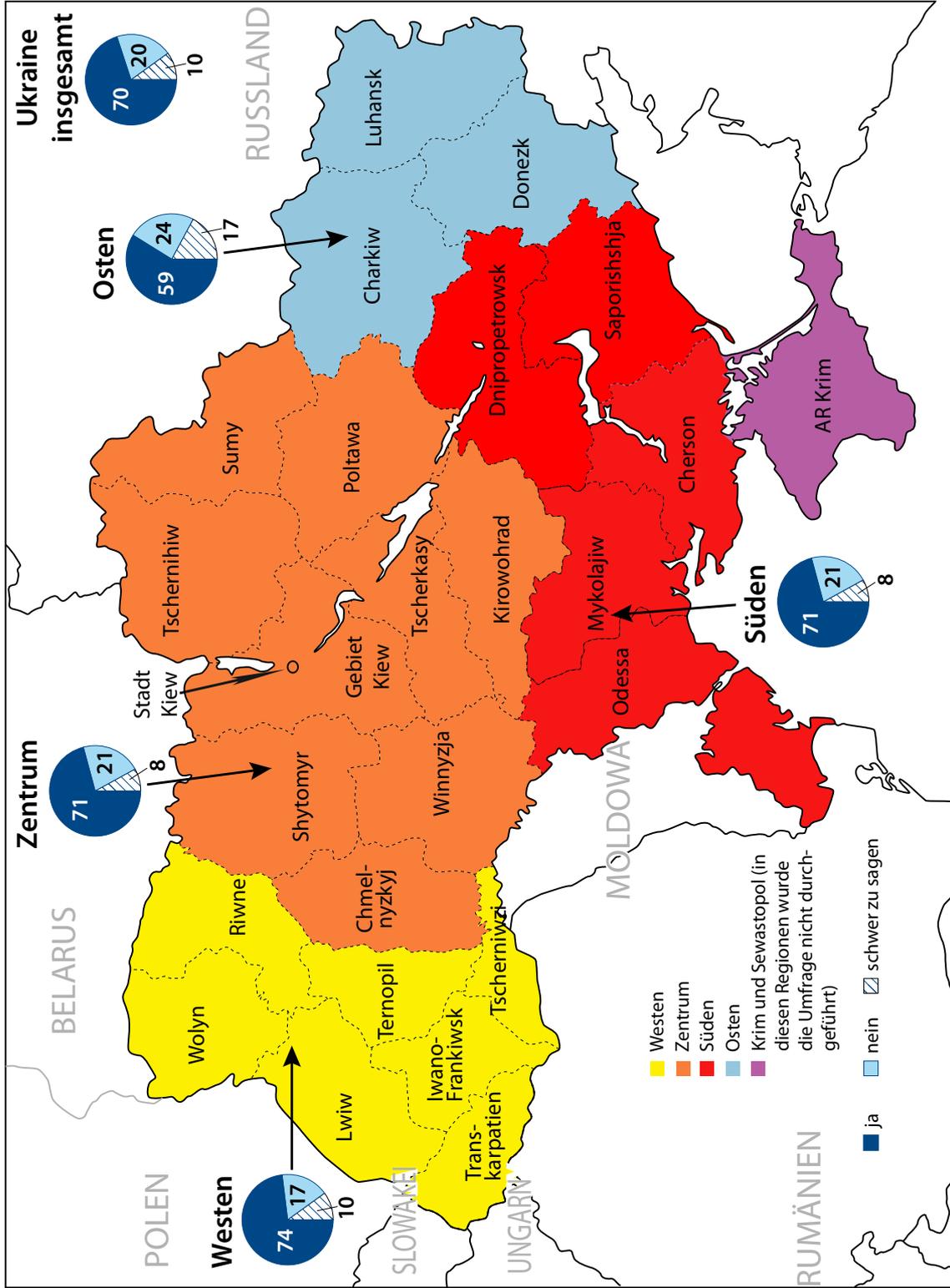
Einstellungen der Ukrainer zum Studium im Ausland

Grafik 1: Haben Sie Bekannte, deren Kinder im Ausland studieren oder studieren werden? (%)



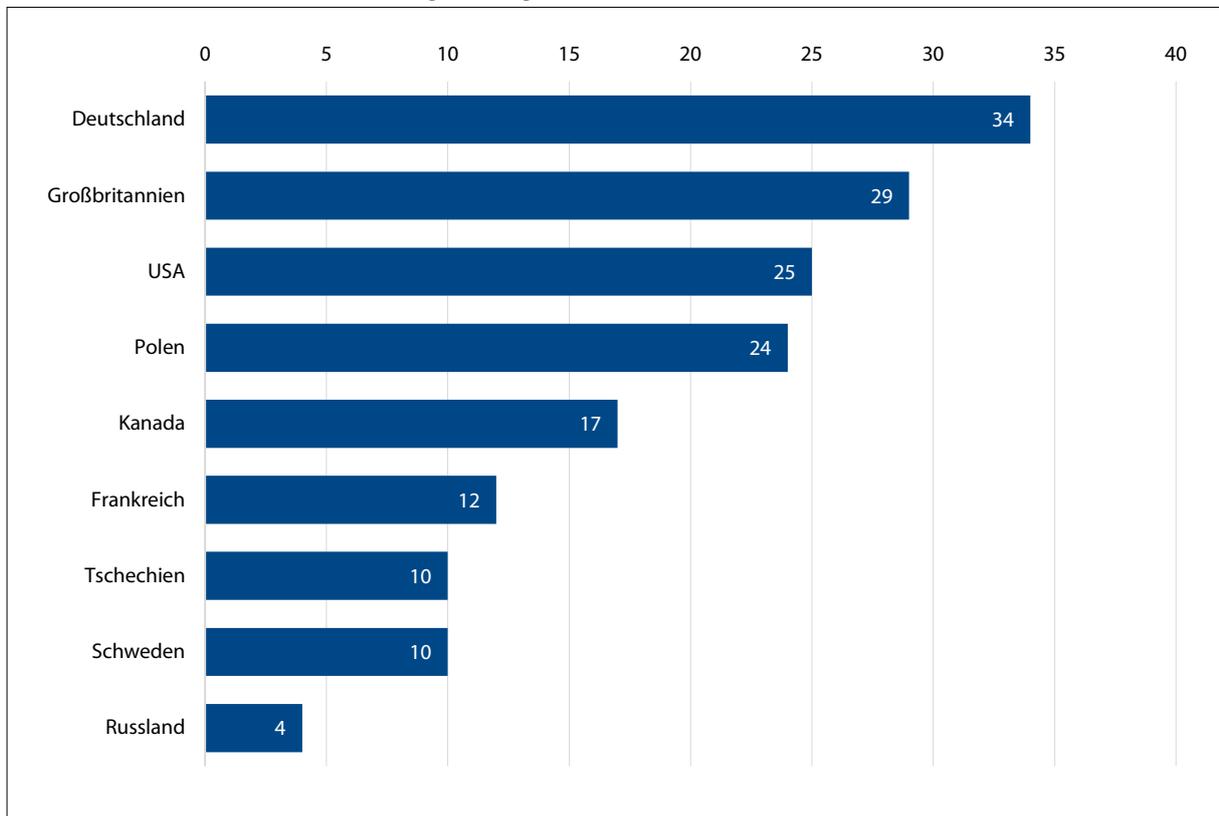
Quelle: repräsentative Umfrage der Rating-Gruppe (N=1200) vom 8. bis zum 18. September 2017, <http://ratinggroup.ua/getfile/266/rg_work_092017_press.pdf>

Grafik 2: Wünschen Sie sich, dass Ihre Kinder oder Enkel im Ausland studieren? (%)



Quelle: repräsentative Umfrage der Rating-Gruppe (N=1200) vom 8. bis zum 18. September 2017, <http://ratinggroup.ua/getfile/266/rg_work_092017_press.pdf>

Grafik 3: In welchen Ländern möchten Sie, dass Ihre Kinder studieren?
(%, Mehrfachnennungen möglich)



Anmerkung: Hier sind nicht alle Antworten angegeben. Für die Originaldaten siehe Quelle.

Quelle: repräsentative Umfrage der Rating-Gruppe (N=1200) vom 8. bis zum 18. September 2017, <http://ratinggroup.ua/getfile/266/rg_work_092017_press.pdf>

Poroschenkos Antikorruptionspolitik: Die ukrainische Zivilgesellschaft zwischen Skylla und Charybdis

Von Katerina Bosko, Bremen

Die letzten Entwicklungen in der Antikorruptionspolitik der ukrainischen Regierung stellen die Errungenschaften der »Revolution der Würde« in Frage. Vor drei Jahren wurde der Sieg der ukrainischen Zivilgesellschaft im Kampf gegen das korrupte Regime von Wiktor Janukowitsch gefeiert. Heute versuchen Präsident Poroschenko und sein Koalitionspartner im Parlament, die Partei Volksfront, die unabhängigen Nichtregierungsorganisationen über eine Diffamierungskampagne und eine Verschärfung der Gesetzlage zu kontrollieren.

Diffamierungskampagne gegen Antikorruptionsaktivisten

Noch Ende März 2017 ist Petro Poroschenko wegen der Einführung von Vermögenserklärungen für NGO-Mitarbeiter heftig in die Kritik geraten (s. [Ukraine-Analysen 183](#)). Die Änderungen des Antikorruptionsgesetzes wurden damals als Maßnahme gegen Antikorruptionsaktivisten interpretiert. In den folgenden Monaten haben sich die Befürchtungen leider bestätigt. So haben die Machthaber mithilfe regierungsnaher Gruppen aus der Zivilgesellschaft eine Diskreditierungskampagne gegen Antikorruptionsaktivisten gestartet. Die Waffe der interpretativen Journalisten – das »Whistleblowing« bzw. die Aufdeckung von Korruption – wurde nun gegen sie selbst gerichtet.

Internationale Aufmerksamkeit hat vor allem die Geschichte um Witalij Schabunin erregt. Schabunin leitet das Kiewer Antikorruptions-Aktionszentrum (AntAC), das im Frühling 2017 die Mitarbeiter des Sicherheitsgeheimdienstes SBU öffentlich dazu aufforderte, ihre begrenzt zugänglichen Vermögenserklärungen publik zu machen. Das AntAC kritisierte dabei die Schaffung eines Parallelsystems innerhalb des SBU zur Aufnahme der Vermögenserklärungen und argumentierte, dass nur ein Teil der SBU-Mitarbeiter das Recht auf ein besonderes Verfahren habe, während die anderen die Vermögenserklärungen über das öffentliche System der Nationalen Agentur für die Prävention von Korruption (NAZK) abgeben müssten. Unmittelbar nach dem Beginn des Gerichtsverfahrens gegen den SBU haben Unbekannte eine Kundgebung vor dem Haus von Witalij Schabunin inszeniert und den Aktivisten zur Abgabe der Vermögensdeklaration aufgefordert. Gleichzeitig erschienen in Massenmedien die Reportage »*Sli-damy hrantoidiv*« (»Auf den Spuren von Grant-Fres-

sern«) über Schabunins Vermögen und ein Film darüber, wie dessen Zentrum das Geld internationaler Geldgeber »veruntreut«. Außer gegen Schabunin richtete sich die Diffamierungskampagne aber auch gegen die ehemaligen interpretativen Journalisten und heutigen Abgeordneten der Werchowna Rada Mustafa Najem, Serhij Leschtschenko, Jehor Sobolew und Switlana Salitschuk. In einer Stellungnahme hat der Unabhängige Medienrat der Ukraine später die oben erwähnte Reportage als Verstoß gegen professionelle Standards im Journalismus verurteilt.

Der Erfolg der Diskreditierungskampagne ist schwer einzuschätzen. Bisher waren gerade die Nichtregierungsorganisationen eine der wenigen Institutionen in der Ukraine, denen die Bevölkerung vertraute. Die »journalistischen Untersuchungen« gegen Antikorruptionsaktivisten wurden zwar auf YouTube gepostet, jedoch nur in begrenztem Maße angeschaut (etwa 4.000 Aufrufe). Beliebter waren dagegen Fake News zum gleichen Thema auf dem YouTube-Kanal »Storozh Ukraina« (in einem kurzen Videoausschnitt berichtet ein amerikanischer Schauspieler auf »News24.com« über Strafverfahren gegen Schabunin; ca. 15.000 Aufrufe) und ein Video von einem Handmenge zwischen Wiktor Schabunin und dem Blogger Vsevolod Filimonenko, der seit April 2017 auf dem YouTube-Kanal »TVgolosnaroda« regelmäßig Videos gegen den Aktivisten postet (ca. 40.000 Aufrufe). Mithilfe dieser Methoden ist es den Initiatoren der Diskreditierungskampagne gelungen, das Thema schnell in der Öffentlichkeit zu verbreiten.

Die Parteien Volksfront und Oppositionsblock in der Offensive gegen Antikorruptionsaktivisten

Hinter der Attacke gegen das AntAC steht aber nicht nur der SBU. Die Partei Volksfront des ehemaligen Premierministers Arsenij Jazenjuk hat auch eigene Motive, um gegen das Zentrum zu kämpfen. Volksfront ist eine nationalkonservative Kraft im ukrainischen Parteienspektrum und wird vor allem vom Militär unterstützt. Die Verabschiedung der skandalösen Änderung des Antikorruptionsgesetzes Ende März, bei der die Pflicht zur Abgabe der Vermögensdeklarationen für Söldner und mobilisierte Reservisten durch eine Pflicht für NGO-Mitarbeiter ersetzt wurde, lag ganz im Interesse von Volksfront. Mehr noch, die Änderungen wurden von der ehemaligen Antikorruptionsakti-

vistin und heutigen Volksfront-Abgeordneten Tetjana Tschernowol vorgeschlagen und von ihrer Partei bei der Abstimmung auch fast einstimmig unterstützt.

In einer eigenen Untersuchung betont das AntAC, dass es eine Reihe von Strafanzeigen gegen Politiker von Volksfront initiiert hat, eine der öffentlichkeitswirksamsten richtete sich gegen den ehemaligen Volksfront-Abgeordneten und Spitzenpolitiker Mykola Martynenko, der im April 2017 schließlich verhaftet wurde. Gerade Pawlo Pinsenik, langjähriger Assistent von Martynenko und heute selbst Abgeordneter von Volksfront, hat den kompromittierenden Film über AntAC am 23. Mai 2017 im Parlament präsentiert und gefordert, dem Zentrum den Status einer gemeinnützigen Organisation zu entziehen.

Außer Volksfront haben sich an der Diskreditierungskampagne gegen Antikorruptionsaktivisten auch Politiker aus dem Netzwerk der ehemaligen Partei der Regionen, des heutigen Oppositionsblocks, beteiligt. So wurde die Reportage gegen Antikorruptionsaktivisten auf dem Sender »Ukraina« gezeigt, der dem Oligarchen und Hauptfinanzier der Partei der Regionen Rinat Achmetow gehört. Weitere negative Berichterstattung zu Schabunin erfolgte auf den Sendern »NewsOne« und »112-Ukraina«, die ebenso Politikern der ehemaligen Partei der Regionen gehören.

Beginn der »Jagd auf ausländische Agenten« à la Russland?

Was als Kampf der Partei Volksfront gegen das AntAC angefangen hat, droht nun, gefährliche Maßstäbe anzunehmen. Der »brantoidy«-Diskurs hat einen fruchtbaren Boden für weitere Maßnahmen gegen unabhängige zivilgesellschaftliche Gruppen bereitet. Im Juli 2017 hat Präsident Poroschenko zwei Gesetzentwürfe ins Parlament eingebracht, die zwar die umstrittene Novelle zu den Vermögenserklärungen von Aktivisten zurückzunehmen versprechen, die aber gegen die demokratischen Prinzipien der Unabhängigkeit und Weisungsfreiheit der Zivilgesellschaft von der Politik verstoßen. Ihnen zufolge sollen übermäßige Berichterstattungspflichten für Nichtregierungsorganisationen und ihre Partner, darunter auch internationale Geberorganisationen, eingeführt werden (s. Dokumentation auf S. 19). Legitimiert werden die Maßnahmen durch einen Diskurs um »mehr Transparenz bei der Finanzierung der Verbände und der Verwendung internationaler technischer Unterstützung«. Sollten diese Gesetzentwürfe im Parlament verabschiedet werden, wäre das ein erster Schritt in Richtung »Jagd ausländischer Agenten« à la Russland.

Machthaber versuchen, sich vom Antikorruptionssystem auszunehmen

Während sich die unabhängigen Aktivisten zwischen Skylla (Einschüchterung oder Verhaftung aufgrund

»gefälschter« Vermögenserklärungen) und Charybdis (hohe Geldbußen oder Schließung von NGOs aufgrund »versäumter« Berichterstattung) befinden, klammern sich die derzeitigen Machthaber aktiv aus dem neuen Antikorruptionssystem aus. So wurde zum Beispiel am 3. Oktober eine umfassende Justizreform verabschiedet, die unter anderem die Zeit für Ermittlungen von bis zu 15 Jahren auf sechs Monate verkürzt und den Abschluss erfolgloser Ermittlungen bereits nach einem Jahr vorsieht. In der Öffentlichkeit wurde dies sofort als »Freispruch für Kriminelle des Regimes Janukowitsch« interpretiert, weil sich die Strafverfahren in diesen Fällen bereits über mehrere Jahre hinziehen. In einer Stellungnahme hat das Nationale Antikorruptionsbüro der Ukraine (NABU) den Präsidenten aufgefordert, sein Veto gegen die umstrittenen Änderungen der Strafprozessordnung einzulegen (s. Dokumentation auf S. 22). Die Änderungen selbst hatte der skandalumwitterte Abgeordnete der Radikalen Partei Andrij Losowyj vorgeschlagen, gegen den bereits wegen Steuerhinterziehung ermittelt wird. Sollten die neuen Bestimmungen in Kraft treten, bestünde die Chance, dass die Ermittlungen gegen ihn eingestellt werden.

Probleme und Verzögerungen gibt es auch bei der Umsetzung der IMF-Verpflichtung zur Schaffung eines unabhängigen Antikorruptionsgerichts. Die Grundlage dafür wurde noch im Juni 2016 mit dem Start der Justizreform geschaffen (s. Ukraine-Analysen 170). Ihre Umsetzung muss bis spätestens Ende 2017 erfolgen, scheiterte aber bisher am Widerstand seitens der Machthaber. Im September 2017 argumentierte Petro Poroschenko, dass die Ukraine mit der Schaffung eines unabhängigen Antikorruptionsgerichts abwarten könne und dass eine Antikorruptionskammer innerhalb des Obersten Gerichtshofs eine schnellere Alternative sei. Die Idee wurde von den internationalen Partnern aber nicht akzeptiert, weil die Machthaber im alten korrupten Gerichtssystem letzten Endes wohl die Kontrolle über die Korruptionsbekämpfung behalten würden. Als Kompromiss schlägt Poroschenko nun einen »Doppelpack« vor – die Schaffung eines unabhängigen Antikorruptionsgerichts und einer Antikorruptionskammer (s. Dokumentation auf S. 20). Das vorgeschlagene Parallelsystem trägt aber die Gefahr künftiger Instrumentalisierung in sich. So seltsam es klingen mag: eine höhere Anzahl von Institutionen bedeutet im Kontext hybrider Regime nicht unbedingt mehr gegenseitige Kontrolle, sondern stattdessen oft mehr Möglichkeiten, diese selektiv anzuwenden, vor allem wenn sie ähnliche Funktionen ausüben.

Ausblick

Die Offensive gegen die Antikorruptionsaktivisten ist ein Zeichen dafür, dass die Ukraine wieder vor einem

möglichen »regime cycle« steht. Eingriffe in die Zivilgesellschaft, die durch einen *brantojdy*-Diskurs gerechtfertigt werden, werden immer häufiger. In Russland wurden unabhängige zivilgesellschaftliche Organisationen durch ähnliche Prozesse marginalisiert. In der

Ukraine ist der Umschwung zum Autoritarismus aber noch abwendbar. Schließlich ist die ukrainische Regierung von internationalen Kreditgebern genauso abhängig wie die ukrainische Zivilgesellschaft von ausländischer Finanzierung.

Über die Autorin:

Katerina Bosko ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Redakteurin der Online-Zeitschrift »Ukraine-Analysen«. Sie hat ihre Doktorarbeit über die Rolle des negativen Framings in hybriden Regimen geschrieben.

DOKUMENTATION

Gesetzentwürfe des Präsidenten gegen unabhängige Nichtregierungsorganisationen

Freedom House

Ukraine: Government Proposals on NGOs Would Curtail Their Work (11.07.2017)

In response to the government of President Poroshenko introducing two bills to the Rada, Ukraine's Parliament, requiring NGOs as well as individuals and organizations that work with them, to submit detailed financial reports or otherwise risk losing their non-profit status and facing heavy fees, Freedom House issued the following statement:

“The Poroshenko Administration's proposed legislation to withdraw nonprofit status from NGOs that fail to fulfill onerous financial reporting requirements will undermine the independence of NGOs in Ukraine, many of which are focused on strengthening democratic institutions and expanding political rights and civil liberties,” said Marc Behrendt, Eurasia director at Freedom House. “The legislation imitates efforts by authoritarian governments to limit the influence of civil society in the guise of promoting transparency. Transparency of NGOs is essential to their legitimacy and accountability, but this legislation would threaten the organizations' ability to continue their work. President Poroshenko should fulfill his promises by consulting with Ukrainian civil society and the Council of Europe's Venice Commission before proceeding with this legislation.”

Background:

The Poroshenko Administration introduced laws [6674](#) and [6675](#) into the Rada, measures that would withdraw non-profit status from NGOs and subject them to heavy fines, if detailed financial reports were not submitted on time. Similar provisions have been used in countries with weak judicial and regulatory systems to put pressure on independent civic groups, such as in Kazakhstan. The Poroshenko Administration proposals would also intrude into the partnerships that many NGOs have by requiring them to report on the companies, organizations, and individuals they work with and fund.

The proposals would roll back requirements that certain individuals and NGOs working on preventing or combating corruption report to the government, adopted into law without meaningful debate in March 2017. In an [interview](#), Deputy Head of the Administration of the President of Ukraine Dmytro Shymkiv claimed that rules proposed by the Parliament were payback for civic activists' oversight of the authorities, asserting, “Parliament's attitude was ‘You want to check us, we'll check you.’”

In a letter to the Council of Europe's Commission for Human Rights, Shymkiv wrote that the Presidential Administration reaffirmed Ukraine's commitment to the values and principles of the Council of Europe and said that the draft law on NGO transparency would be submitted for the consideration by the Council of Europe's Venice Commission, the organization's group of independent experts in the field of constitutional law.

The President's proposals appear to violate standards established by the Committee of Ministers of the Council of Europe, the organization's main decision-making body, including the standards on transparency (paragraphs 62 and 64) and supervision (paragraph 72) of NGOs.

Quelle: <<https://freedomhouse.org/article/ukraine-government-proposals-ngos-would-curtail-their-work>>

Siehe dazu auch die Stellungnahme von Human Rights Watch unter <<https://www.hrw.org/news/2017/09/06/ukraine-drop-bills-hamper-independent-groups>>

Debatte um Schaffung eines unabhängigen Antikorruptionsgerichts

Transparency International

Ukraine must create an independent anti-corruption court (20.09.2017)

Transparency International calls on the Ukrainian authorities to create an independent anti-corruption court as part of Ukraine's legal obligations and its commitments to the EU and the International Monetary Fund. Only this will strengthen the country's efforts to fight corruption.

Ukraine's President Poroshenko has stated that an anti-corruption chamber should be created within the current court system. But this will not deal with the current backlog of cases nor win the trust of Ukrainians.

"Ukraine should adopt an independent anti-corruption court to ensure that nepotism and cronyism play no part in how justice is delivered in Ukraine. President Poroshenko understands the urgency of the situation but his proposal of a chamber within the current system will not work. People do not trust the judiciary to hold the powerful to account because the courts have shied away from this in the past," said José Ugaz, Chair of Transparency International.

To date, the current courts have not even started hearings for 26 of the 86 cases for which detectives of the National Anti-Corruption Bureau of Ukraine have completed pre-trial investigations. Even in these cases, expectations are not high. Unlike many European countries, Ukraine does not have a judicial system with a reputation for independent and fair justice based on the rule of law.

"There is no reasonable alternative to the anti-corruption court. With proper political will from the President and Parliament in place, the court can be established within a reasonable time. Political will is the key ingredient and that is what we are missing now," said Yaroslav Yurchyshyn, Executive Director of Transparency International Ukraine.

Transparency International is calling for the creation of an independent court in order to establish a strong judicial pillar that cannot be. For this to happen, judges in the court must be elected through open competition, with international partners taking a role in the selection process.

A strong judiciary must also be properly resourced and protected. All anti-corruption judges must be provided with adequate remuneration and a sufficient level of security for themselves and their family members.

Quelle: <https://www.transparency.org/_view/pressrelease/7957>

Präsident Petro Poroschenko

President on the establishment of the anti-corruption chamber: It is not about the name, but about the level of trust and efficiency of the anti-corruption body (15.09.2017)

In the course of the 14th Yalta European Strategy Annual Meeting "Is This a New World? And What Does It Mean for Ukraine?", President Petro Poroshenko commented on the establishment of the Anti-Corruption Court answering the question about his assessment of the reforms aimed to fight corruption and the "roadmap" in this issue for the next 12 months.

The Head of State noted that the judicial reform, including the constitutional one, must undergo the expertise in the Venice Commission and the EU Council. The President is hopeful that the results will be provided in October already.

Petro Poroshenko said that the procedure of verification and selection of judges to the new Supreme Court took almost 1.5 years and emphasized that it was a long process. The President noted that we don't have such time for the establishment of the Anti-Corruption Court.

“It is not about the name, but about the level of trust and efficiency of the anti-corruption body,” Petro Poroshenko said and added that in such situation “we can create the anti-corruption chamber already next month”. At the same time, he didn’t exclude the possibility of creating the Anti-Corruption Court in 2019 or 2020.

The President emphasized that he does everything possible together with his team to create an independent judicial system and drew attention to an intensive and efficient cooperation with the international partners in this direction.

Quelle: <<http://www.president.gov.ua/en/news/prichina-ne-v-nazvi-v-rivni-doviri-ta-efektivnosti-organu-ya-43322>>

President: A separate Anti-Corruption Court must be created in Ukraine (04.10.2017)

A separate judicial anti-corruption vertical line should be created in Ukraine as part of a separate Anti-Corruption Court, cassation instance—the anti-corruption chamber in the Supreme Court of Ukraine and representatives of the anti-corruption court on the ground. It was stated by the President in the meeting with the staff of Taras Shevchenko National University “Chernihiv Collegium”.

“The Law “On the Judiciary and Status of Judges”, which was also adopted by the Verkhovna Rada, became the basis for the start of the judicial reform. I want to remind that this was also my project, made as urgent. And I wrote with my own hands the regulation on the creation of the anti-corruption court to the draft law. And, by the way, funds for financing the anti-corruption court in the draft budget for 2018 have already been foreseen. Believe me, it is not accidental,” the President said.

The Head of State stressed: “We really need to ensure that all courts in Ukraine are anti-corruption. All without exception. To do this, we are making a reform”.

“But a separate judicial anti-corruption vertical line must be created in the composition of a separate Anti-Corruption Court, cassation instance—the anti-corruption chamber in the Supreme Court of Ukraine and, as the Verkhovna Rada will determine, departments of the anti-corruption court on the ground, so that people from Sievierodonsk or Zakarpattia won’t have to go to a single anti-corruption institution,” Petro Poroshenko noted.

According to him, several draft laws have already been elaborated even though they are not flawless and in a certain way PR-projects of certain political forces, because the key words are “anti-corruption court”. “Of course, everyone welcomes that. But the devil is in the detail. And that is why, it is extremely important to collect votes in the Parliament,” he said adding that the already elaborated draft laws failed to find support.

Petro Poroshenko urged the Parliament to work over the concerted draft law. “I would like to address the Parliament with a proposal to create a working group immediately and elaborate a concerted draft law that will be supported by the whole Verkhovna Rada. This is the only possible way,” he stressed.

At the same time, Petro Poroshenko doesn’t want this issue to be used as a subject of political PR or political speculation. “The question is to create a truly effective and independent judicial body that will specialize in combating corruption and help accelerate the disposal of legal proceedings against corrupt officials,” he said.

Quelle: <<http://www.president.gov.ua/en/news/glava-derzhavi-v-ukrayini-maye-buti-stvorenij-okremij-antiko-43742>>

Venedig-Kommission

Venice Commission invites the President of Ukraine to submit a revised draft law on anti-corruption courts to Parliament, based on its recommendations

Strasbourg, 06.10.2017—In its opinion on the draft law on anti-corruption courts in Ukraine adopted today, the European Commission for Democracy through Law (the “Venice Commission”) said that many of the provisions of the draft law provide a good basis for the establishment of a high specialised anti-corruption court, but made several recommendations to reduce the risk that it could be considered unconstitutional. In order to dispel any doubts about the constitutionality of the legislative procedure, the Venice Commission invites the President of Ukraine to promptly submit his own draft law on anti-corruption courts—which should be based on the Venice Commission’s recommendations. The current draft law (Draft Law No. 6011) thus needs to be withdrawn.

The Venice Commission stresses that corruption is one of Ukraine’s major problems, parts of the judiciary itself have for many years been considered as weak, politicised and corrupt, and its ongoing reform—which is promising and to be strongly supported—will take several years to complete. The only way forward in the fight against high-level corruption in Ukraine is the prompt establishment of a high specialised anti-corruption court (HACC), as foreseen in the Law “On the Judicial System and the Status of Judges”, whose judges are selected in a transparent procedure with international involvement, the Venice Commission said.

It noted that the HACC has clear characteristics of a specialised court, rather than a special or extraordinary court, and thus does not jeopardise the unity of the judiciary. However, deviations from the general rules should be limited to what is necessary for the anti-corruption courts to work effectively, and care must be taken to avoid the possible impression that anti-corruption judges are of different or privileged class of judges. The level of remuneration for the HACC judges should be reconsidered; it should be commensurate with the increased demands of their position but should not differ too much from generalist judges' remuneration.

The key components of the current draft should be maintained, namely the establishment of an independent HACC and appeal instance whose judges are of impeccable reputation, adequately protected and are selected on a competitive basis in a transparent manner. Temporarily, international organisations and donors active in providing support for anti-corruption programmes in Ukraine should be given a crucial role in the body competent for selecting specialised anti-corruption judges, similar to the role envisaged for them in draft law No. 6011. The international involvement seems to be justified in the specific situation in Ukraine, with due regard to the principle of Ukraine's sovereignty.

The fact that according to the draft the members of the body in charge of the selection of the judges of the court are designated by political figures and institutions (the President and the Verkhovna Rada—and the Minister of Justice, though with limited discretion) gives rise to concern. Additional safeguards should be introduced to ensure that the procedure for the appointment of judges is independent of the executive and legislative powers. This could be achieved, for instance, by giving a non-political agency such as the High Qualifications Commission of Judges the right to nominate members to that body—subject to the role of international donors as discussed in the opinion.

In its opinion, the Venice Commission has also examined an alternative bill, the draft law of Ukraine on the introduction of mandatory specialisation of judges to consider corruption offences (draft Law No. 6529). It stressed that the draft deviates from the current law and international obligations of Ukraine to set up a specialised anti-corruption court. The Commission cannot see how the appointment of specialised judges in all courts in Ukraine could be justified and be implemented in practice. It appears questionable, the Venice Commission stresses, whether the referral of all kinds of corruption-related offences to the specialised judges would be an effective tool for enhancing the fight against high-level corruption in particular. The scope of competences of the specialised judges under the draft law in question is unclear, and the absence of any specific safeguards in the selection procedure and of any specific measures to protect the judges' independence and safety is highly unsatisfactory, the Commission says. It concludes that these shortcomings conflict with the CoE-established requirements of specialised anti-corruption judges.

Quelle: <https://search.coe.int/directorate_of_communications/Pages/result_details.aspx?ObjectId=090000168075b110>

Stellungnahme des Nationalen Antikorruptionsbüros der Ukraine (NABU) gegen die umstrittenen Änderungen der Strafprozessordnung

Recent amendments to the Criminal Procedure Code of Ukraine if signed by the President, will paralyze activities of investigatory authorities (04.10.2017)

The Draft Law no. 6232 on amendments to the Criminal Procedure Code of Ukraine, adopted by Ukrainian Parliament in second reading on October 3, contains a number of contradictions that may paralyze the work of investigatory authorities in case the amendments to the Code come into force.

One of the most concerning amendments being the one to the Article 219 of the Criminal Procedural Code (CPC) of Ukraine. It provides a limiting of the terms of pre-trial investigation of gravest and grave crimes (thereto corruption offences) up to 6 months from the moment of registering a criminal proceeding in the Unified Register of Pre-trial Investigations (URPI), with the possibility to prolong the investigation for another six months only by a court decision. If during this time noone is notified of suspicion, then, according to the suggested amendment, the proceeding should be closed. The problem is that according to Ukrainian legislation a criminal proceeding must be entered to URPI during 24 hours since a report of allegedly committed crime is received, disregarding whether persons involved are known or not.

We emphasize that the pre-trial investigation of the corruption schemes in specified terms is impossible. For example, during the investigation of the schemes involving the withdrawal of funds abroad, the NABU Detectives usually find out a chain consisting of 7–10 units in average, through which the stolen funds from Ukraine are transferred to the

final beneficiaries. In order to obtain evidence, the Detectives analyse the banking operations of the enterprise at every chain. Under these circumstances only the disclosure of banking secrecy under the Article 164 CPC of Ukraine would take at least 7–10 months. Saying nothing of further expert examinations lasting much more than six months.

In addition, the investigation of many proceedings as of the top-corrupt officials often requires the involvement of international legal assistance. The process is governed by the bilateral or multilateral treaties, as well as by the legislation of the countries to which requests are addressed. The execution of the requests in certain proceedings lasts much longer than six months.

Another risk associated with the amendment is that they can be used by criminals of the ongoing investigations. Through the court, they may require the closure of current proceedings in which the length of pre-trial investigation exceeds six months as the proposed amendment to article 219 do not contain any transitional provisions, therefore, the final decision on the issue will be made by court.

And if the caution that the abovementioned amendment can “bury” the investigation of corruption crimes is insufficiently convincing it should be noted that the same fate will befall the investigation of other grave and gravest crimes such as murder, rape, etc. If the crime is not disclosed within 6 months after the entering of the information into the URPI, the investigation will be automatically closed.

The amendments to Article 132, 234, 242 and 303 of the CPC of Ukraine are also rather concerning.

According to the current legislation, the investigator has a possibility to fill a request for a choosing a preventive measure, arrest a property, or removing a suspect from a post to a court at the location of a pre-trial investigation authority. But the amendments to the Article 132 of the CPC of Ukraine in Draft Law N6232 provide making court decisions exclusively in court at the location of registration of the pre-trial investigation authority as a legal entity. It means that the Detectives from the Odessa, Kharkiv or Lviv Territorial Offices of the NABU will need to go to Kyiv to receive every court decision (and there are hundreds of them in a criminal proceeding) and wait for the court decision that may last up to a week. A similar situation will arise to the investigators of any district or city police department, since the status of a legal entity is limited to the Main Departments of the National Police in the regions.

The changes to Article 234 of the CPC of Ukraine for conducting a search are also found weird. The author of the changes proposed to oblige the investigator to request to the owner for voluntarily providing the searched items, objects or equipment before applying for a court permit. In case these changes come into force, there's a high probability that after the receipt of such request from an investigator, documents, things, information will be destroyed or hidden, therefore the filing a permit for a search in court will be useless.

The procedure of the appointment and conducting of the expert examination will be changed according to the amendments to Article 242 of the CPC of Ukraine. It is established that only an investigating judge has an authority to appoint the examination within the scope of the pre-trial investigation, and moreover, the judge will determine the expert and expert institution, and have a power not to consider or deny the expert in identifying specific question for the examination. It is unclear how the judge will decide on expediency or in expediency of conducting a certain examination within 5 days for consideration of a detective's petition, if the size of the NABU proceedings can be 200 volumes, for example. In addition, the amendment creates conditions for total control over the conduct of pre-trial investigation through corrupt judges.

The amendments to the Article 303 CPC are also very controversial. They provide the authority for the judges to cancel the notice of suspicion and status of a suspect in a criminal proceeding. The amendment despites the fact that according to Chapter 22 of the CPC of Ukraine a notice of suspicion can not be referred to the decision or action of the investigator, thus the notice of suspicion can not be appealed and cancelled. In case the abovementioned amendments come into force, it will create conditions for the abuse of rights by suspects and defenders and, as a result, will delay the pre-trial investigations which are already being limited.

That is far from complete list of all controversies, which contains the Draft Law N6232, adopted by the Verkhovna Rada on October 3.

The National Bureau is convinced that adopting such amendments to the criminal procedural legislation will block the investigation of grave and gravest crimes and make it impossible to bring the perpetrators to justice.

The National Bureau calls on the President of Ukraine to prevent blocking the work of investigatory authorities by vetoing contradictory changes to the Criminal Procedure Code.

Quelle: <<https://nabu.gov.ua/en/novyny/recent-amendments-criminal-procedure-code-ukraine-if-signed-president-will-paralyze>>

Der Fall Saakaschwili: Politiker töten das Recht

Von Jewgenij Zacharow, Charkiw

Am 25. Juli 2017 entzog der ukrainische Präsident Petro Poroschenko per speziellem Erlass Micheil Saakaschwili die ukrainische Staatsbürgerschaft, während sich Saakaschwili in den USA aufhielt. Am 10. September kehrte Saakaschwili trotzdem in die Ukraine zurück. Über beide Ereignisse wurde bereits viel und von vielen geschrieben. Trotzdem möchte ich die Aufmerksamkeit noch auf einige bisher ignorierte Aspekte richten, die mir wichtig erscheinen.

In Teil 1, Artikel 25 der ukrainischen Verfassung ist festgelegt, dass ukrainischen Staatsbürgern die Staatsbürgerschaft nicht entzogen werden kann und das Recht auf Änderung der Staatsbürgerschaft bedeutet, dass die Annahme und Aufgabe der ukrainischen Staatsbürgerschaft eine Frage der Entscheidung und Initiative der konkreten Person ist. Eine andere Interpretation ist aus rechtsstaatlicher Perspektive nicht möglich. Die Regelung in Teil 26, Artikel 106 der ukrainischen Verfassung über die Befugnisse des Präsidenten, dass der Präsident »die Entscheidung über die Annahme und Aufgabe der ukrainischen Staatsbürgerschaft sowie den Flüchtlingsstatus in der Ukraine trifft«, bedeutet, dass er als Garant der Rechte und Freiheiten der Menschen die Entscheidung der betroffenen Personen bei der Annahme bzw. Aufgabe der ukrainischen Staatsbürgerschaft bestätigen soll – mehr nicht. Der willkürliche Entzug der Staatsbürgerschaft gegen den Willen des Betroffenen ist meistens eine Verletzung der nationalen Verfassung.

Des Weiteren ist allgemein bekannt, dass Saakaschwili ausschließlich die ukrainische Staatsbürgerschaft besaß. Artikel 19 des Gesetzes über die Staatsbürgerschaft verbietet explizit den Entzug der Staatsbürgerschaft in den Fällen, in denen die betroffene Person dadurch staatenlos wird. Genau deswegen ist nach meiner Überzeugung der Präsidialerlass, der Saakaschwili die Staatsbürgerschaft entzieht, ein Zeichen politischer Willkür, eine vorsätzliche Verletzung der Verfassung und des Gesetzes über die Staatsbürgerschaft durch den Präsidenten. Falls in diesem Fall der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte angerufen wird, ist zu erwarten, dass er die Maßnahme des ukrainischen Staates als unmenschliche Behandlung gemäß Artikel 3 der Europäischen Konvention von 1950 beurteilen wird.

Der Entzug der Staatsbürgerschaft von Saakaschwili ist eine eklatante Menschenrechtsverletzung, die einen Politiker trifft, der sich beim Präsidenten unbeliebt gemacht hat, so dass sie auch als typische politische Verfolgung einzuschätzen ist. Es ist bitter dies festzustellen, aber nach der moralischen Logik und dem

ethischen Muster ähnelt dies sehr der politischen Verfolgung in der Sowjetunion als Menschenrechtsaktivisten – wie Peter Grigorenko, Lew Kopelew, Raissa Orlowa oder Jefim Etkind – während eines vorübergehenden Auslandsaufenthaltes die Staatsbürgerschaft entzogen wurde. Dabei darf man auch nicht vergessen, dass der Entzug der Staatsbürgerschaft in der Sowjetunion als politisch-strafrechtliche Maßnahme bis fast zum Ende der 1960er Jahre offiziell vorgesehen war. Aber unser demokratischer Staat sollte sich doch von all diesen Überbleibseln und Vorurteilen der sowjetischen Vergangenheit lösen und diese nicht nachahmen und sei es unbewusst!

Wie geht es nun weiter? Saakaschwili hat angekündigt, dass er für die Rückgabe seiner Staatsbürgerschaft kämpfen wird. Wenn stimmt, was die ukrainischen und ausländischen Medien schreiben, ist der offizielle Grund für den Entzug der Staatsbürgerschaft, dass er in Einbürgerungsdokumenten nicht erwähnt hat, dass er in Georgien strafrechtlich verfolgt wird. Das heißt, er hat bewusst falsche Angaben zur eigenen Person gemacht. Saakaschwili selbst erklärt, dass die Unterschrift unter dem entsprechenden Dokument nicht von ihm stammt.

Der Grund für den Entzug der ukrainischen Staatsbürgerschaft erscheint aber sowieso lächerlich, weil zum Zeitpunkt der Verleihung der ukrainischen Staatsbürgerschaft allgemein bekannt war, dass gegen Saakaschwili in Georgien ein strafrechtliches Verfahren eingeleitet worden war, was in der Ukraine damals als Zeichen politischer Verfolgung durch seine Gegner interpretiert wurde. Wenn es darüber hinaus stimmt, dass Saakaschwili das gesetzlich vorgeschriebene Formular gar nicht selber unterschrieben hat, was sollen wir dann über die Arbeit des Staatlichen Dienstes für Migration und der Kommission für Fragen der Staatsbürgerschaft halten, die die volle Verantwortung für ordnungsgemäße Durchführung entsprechender Verfahren haben.

Allerdings kann genau aus dem Grund, dass die Dokumente für die Verleihung der Staatsbürgerschaft nicht ordnungsgemäß erstellt wurden, das Verwaltungsgericht Saakaschwili seine Staatsbürgerschaft nicht zurückgeben, weil diese gesetzwidrig verliehen wurde. So folgt auf eine gesetzwidrige Handlung die nächste. Diese Kette führt zu einer ausweglosen Situation, in der jede mögliche Lösung gesetzwidrig erscheint.

Am 10. September 2017 durchbrachen Anhänger Saakaschwilis die ukrainisch-polnische Grenze am Übergang Medyka in der Nähe des Ortes Schehyni und geleiteten Saakaschwili durch einen Korridor auf

ukrainisches Territorium. Grenzbeamte und Polizei hatten die Anweisung, keine Gewalt anzuwenden. Dem war ein Versuch Saakaschwilis vorausgegangen, mit dem Zug aus Polen in die Ukraine einzureisen. Der IC Przemysl-Kiew wurde für einige Stunden in Polen aufgehalten. Nach einer späteren Erklärung der ukrainischen Bahngesellschaft befand sich im Zug ein Mensch, der kein Recht hatte in die Ukraine einzureisen.

Saakaschwili ist so durch eine illegale Einreise in die Ukraine zurückgekehrt. Dafür ist er vor Gericht zu einer Geldstrafe von 3.400 Hrywnja (umgerechnet ca. 110 Euro) verurteilt. Er erklärte, dass er gegen die Entscheidung Einspruch einlegen wird. Außerdem behauptete er, dass die Grenzbeamten seinen ukrainischen Pass beim Grenzübertritt gestohlen haben, statt ihn als ungültig zu beschlagnahmen.

Aus meiner Sicht ist die Hoffnung Saakaschwilis auf die Wiederherstellung seiner Staatsbürgerschaft durch ein ukrainisches Gericht unrealistisch. Es ist daher zu erwarten, dass er sich an internationale Gerichte wenden wird. Auf diesen ersten Blick sind die Aussichten hier nicht schlecht. Wie oben dargestellt, verstößt der Erlass zum Entzug der Staatsbürgerschaft gegen ukrainisches Recht. Das internationale Recht sieht den Entzug der Staatsbürgerschaft nur ausnahmsweise vor, wenn eine legitime Begründung auf gesetzlicher Grundlage vorliegt und der Entzug zielführend und verhältnismäßig ist. Als Ausnahme zählt aber auch der Erhalt der Staatsbürgerschaft durch Betrug, indem bewusst irreführende Angaben und gefälschte Dokumente vorgelegt werden. Das bewusste Ignorieren der in Georgien laufenden Strafverfahren zum Zeitpunkt der Verleihung der Staatsbürgerschaft und der nachträgliche Verweis auf eben diese Strafverfahren als Begründung verletzt aber den Grund-

satz der Verhältnismäßigkeit. Der politisch motivierte Entzug der Staatsbürgerschaft verstößt a priori gegen die Vorgaben des internationalen Rechtes. Aus diesen Gründen ist es schwierig, ohne das Gesicht zu verlieren, dem erneuten Auslieferungsantrag der georgischen Staatsanwaltschaft zu folgen.

Gleichzeitig wissen wir nicht, ob Georgien neue bisher unbekannt Informationen zur Begründung für den Auslieferungsantrag vorgelegt hat. Deshalb sollten keine voreiligen Schlussfolgerungen gezogen werden. Vielmehr muss die Begründung der staatlichen Juristen bezüglich der Verhältnismäßigkeit des Entzugs der Staatsbürgerschaft unter Einbeziehung der Schwere der Saakaschwili vorgeworfenen Straftaten abgewartet werden.

So hat Präsident Poroschenko eigenhändig dem fast schon vergessenen georgischen Politiker zu neuem politischen Gewicht verholfen. Saakaschwili ist jetzt wieder ein aktiver Spieler im ukrainischen Machtkampf, der den Präsidenten scharf kritisiert.

Es ist der Fluch unserer Politiker, dass Poroschenko und Saakaschwili in diesem Fall wie Zwillinge ähneln, indem sie nach politischer Zweckmäßigkeit handeln und dabei das Recht ignorieren, wenn das Recht ihnen im Wege steht. Solange Saakaschwili als Freund und Verbündeter des Präsidenten erscheint, wird er zum Gouverneur einer Region ernannt und erhält dafür schnell die Staatsbürgerschaft, obwohl es formale Hindernisse gibt. Sobald er zum Gegner wird und stört, erinnern wir uns an die formalen Probleme und entziehen ihm die Staatsbürgerschaft, obwohl Verfassung und Gesetz dies verbieten.

Übersetzung aus dem Russischen: Lina Pleines

Über den Autor

Jewgenij Zacharow ist Direktor der Charkiwer Organisation für Menschenrechte. Außerdem ist er Mathematiker, Menschenrechtsaktivist, Journalist, Schriftsteller und Verleger.

25. September – 8. Oktober 2017

25.09.2017	Bei Kiew wird der Vorstandsvorsitzende eines regionalen Energiekonzerns in seinem Haus von Unbekannten angegriffen und getötet. Nach Polizeiangaben sei das Motiv Raub gewesen.
25.09.2017	Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International wirft der Ukraine vor, illegal Waffen in den Südsudan zu liefern. Das staatliche Rüstungsunternehmen Ukrinmasch, das von Amnesty beschuldigt wird, weist alle Vorwürfe zurück. Es habe einen Vertrag gegeben, Waffen seien aber nie geliefert worden.
25.09.2017	Präsident Petro Poroschenko unterzeichnet das neue Bildungsgesetz. Es baut die Rolle der ukrainischen Sprache im Schulunterricht aus. Vertreter Ungarns, Rumäniens und anderer Staaten mit Bevölkerungsminderheiten in der Ukraine hatten sich gegen das Gesetz ausgesprochen. Bildungsministerin Lilija Hrinewitsch hatte erklärt, das Gesetz sei mit der Verfassung in Bezug auf den Minderheitenschutz vereinbar.
26.09.2017	Die ukrainische Finanzkonzern Dragon Capital erwirbt den Radiosender Era. In einer Stellungnahme nimmt der Sender auf Versuche von Behörden Bezug, Druck auf Medien auszuüben. Der Verkauf an Dragon Capital sei eine Schutzmaßnahme. Eigentümer war Anton Simonenko, als wirklicher Eigentümer galt jedoch Andrij Dertschak, ehemaliger Abgeordneter der Partei der Regionen.
26.09.2017	Der ungarische Außenminister Péter Szijjártó kündigt an, dass Ungarn jede Entscheidung der EU, die eine Annäherung zwischen EU und Ukraine anstrebe, blockieren werde. Diese Entscheidung sei als Antwort auf die Unterzeichnung des Bildungsgesetzes durch den ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko zu verstehen. Dieses Gesetz schränkt den Gebrauch von Minderheitensprachen im Schulunterricht ein. Ungarn hatte Poroschenko aufgefordert, sein Veto einzulegen.
27.09.2017	In der Nacht bricht in einem Waffenlager in Kaliniwka in der Region Winnyzja ein Großbrand aus, zahlreiche Granaten explodieren. Züge werden umgeleitet. Der Inlandsgeheimdienst SBU stuft den Fall als Sabotage ein.
28.09.2017	Der Vorsitzende der Militärstaatsanwaltschaft, Anatolij Matjus, erklärt zu dem Großbrand in einem Waffenlager in der Region Winnyzja, die Ermittlungen hätten bisher keine Anzeichen für Sabotage ergeben. Er widerspricht ausdrücklich Gerüchten aus den sozialen Medien über bereits festgenommene Gruppen von Saboteuren.
30.09.2017	In Odessa halten einige Hundert Unterstützer des ehemaligen georgischen Präsidenten und Ex-Gouverneurs der Region Odessa, Michail Saakaschwili, eine Kundgebung zu seiner Unterstützung ab. Als einige junge Männer diese durch das Abspielen lauter Musik stören, entsteht ein Handgemenge, das die Polizei beendet. Saakaschwili selbst ist nicht zugegen.
30.09.2017	Nach Medienangaben macht der Internationale Währungsfonds die Entsendung einer Mission für weitere Gespräche von der Ernennung eines Nachfolgers für die bereits im Mai 2017 aus dem Amt ausgeschiedene Chefin der Nationalbank Walerija Hontarewa abhängig. Mit der IWF-Mission soll über die Auszahlung der nächsten Kredittranche in Höhe von zwei Milliarden US-Dollar verhandelt werden.
02.10.2017	Die OSZE-Beobachtermission weist eine Darstellung einer ukrainischen Vertreterin in der trilateralen Kontaktgruppe zwischen Vertretern der Ukraine, Russlands und der OSZE zurück. Die betreffende Vertreterin, Irina Heraschtschenko, hatte erklärt, dass im vergangenen Jahr die Zahl der OSZE-Beobachter aus Russland und mit Russland befreundeten Staaten erheblich zugenommen habe. Diese Information sei nicht korrekt.
03.10.2017	In einer Umfrage des International Republican Institute geben 18 % der Befragten an, dass sich die Ukraine in die richtige Richtung bewege. Dies sei ein Zuwachs von fünf Prozentpunkten im Vergleich zum April 2017.
03.10.2017	Das Parlament verabschiedet ein Gesetz, das einen Teil der Reform des Justizsystems darstellt. Nach Angaben des wissenschaftlichen Dienstes des Parlaments schränkt das Gesetz die Kategorien von Urteilen ein, die durch ein Kassationsgericht aufgehoben werden können. Dies werde zu einer Zunahme von Beschwerden gegenüber dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte führen.
03.10.2017	Das Parlament stimmt für ein Gesetz zur Rentenreform. Im Durchschnitt werden die Bezüge, die zuvor bei durchschnittlich 1880 Hrywnja (etwa 60 Euro) lagen, um 692 Hrywnja (etwa 22 Euro) erhöht. Das Gesetz sieht außerdem eine automatische Anpassung der Renten an das Preis- und Lohnniveau ab dem Jahr 2019 vor.
04.10.2017	Präsident Petro Poroschenko bringt ein Gesetzesprojekt zur Reintegration der von Separatisten kontrollierten Gebiete im Donbass ins Parlament ein. Darin wird Russland als Aggressor bezeichnet und die Priorität der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen unterstrichen.
04.10.2017	Präsident Petro Poroschenko erklärt sich mit der Gründung eines speziellen Antikorruptionsgerichts einverstanden. Gleichzeitig sollen auch eine Antikorruptionskammer im Höchsten Gericht sowie Vertretungen in den Regionen gegründet werden.

05.10.2017	In Kiew demonstrieren einige Dutzend Menschen gegen eine im Bau befindliche Tankstelle. Sie dringen auf das Gelände der Baustelle vor. Es kommt zu Zusammenstößen mit der Polizei, 14 Menschen werden verletzt.
05.10.2017	Der Inlandsgeheimdienst SBU weist einen Journalisten des russischen Fernsehsenders NTW aus und verhängt eine Einreisesperre von drei Jahren gegen ihn. Nach Angaben des SBU war der Journalist am 04. Oktober 2017 in Kiew überprüft worden. Dabei habe sich herausgestellt, dass er eine in der Ukraine nicht anerkannte Akkreditierung der »Volksrepublik Donezk« bei sich geführt habe, dass er dort in den Jahren 2016 und 2017 gearbeitet habe und damit den nationalen Interessen der Ukraine entgegengewirkt habe.
05.10.2017	Vor dem Parlament versammeln sich Aktivisten der rechtsradikalen Parteien Freiheit und Nationaler Körper, um gegen den Gesetzesvorschlag von Präsident Petro Poroschenko zu protestieren, der die Verlängerung des Sonderstatus für einige Gebiete der Regionen Donezk und Luhansk vorsieht. Das Gesetz soll laut Präambel zum Einsatz kommen, wenn alle russischen Truppen aus den Gebieten abgezogen seien. Im Parlament kommt es wegen eines Handgemenges nicht zur Abstimmung.
06.10.2017	Das Parlament nimmt das Gesetz zur Verlängerung des Sonderstatus für einige Gebiete der Regionen Donezk und Luhansk an. Die Fraktion der Radikalen Partei Oleh Ljaschkos stimmt dagegen. Dafür stimmen u. a. Abgeordnete der Fraktionen des Blocks Petro Poroschenko, der Partei Volksfront und des Oppositionsblocks. Am Folgetag unterstützt das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland die Entscheidung in einer Stellungnahme. Es handle sich um einen schweren und wichtigen Schritt, der zeige, dass die Ukraine sich an ihre internationalen Verpflichtungen halte.
08.10.2017	Präsident Petro Poroschenko unterzeichnet das Gesetz zur Rentenreform. Damit kann die darin vorgesehene Rentenerhöhung bereits im Oktober zum ersten Mal ausbezahlt werden.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortliche Redakteurin für diese Ausgabe: Katerina Bosko (geb. Malygina)

Satz: Matthias Neumann

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1862-555X © 2017 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen zur post-sowjetischen Region werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Die Polen-Analysen werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut, der Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.



Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige wissenschaftliche Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/>